

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt C2

3.1.1 Thema

Reformen der Arbeitsmarktpolitik -
Vom fürsorgenden zum kooperativen Sozialstaat?

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Soziologie, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Karin *Gottschall*
geb. 2. November 1955
Zentrum für Sozialpolitik
Universität Bremen
Parkallee 39
28209 Bremen
Tel.: 0421 218 4402, -4376
e-mail: k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Dr. Irene *Dingeldey*
geb. 10. Februar 1963
Zentrum für Sozialpolitik
Universität Bremen
Parkallee 39
28209 Bremen
Tel.: 0421 218 -9557
e-mail: i.dingeldey@zes.uni-bremen.de

Die erst genannte Projektleiterin ist unbefristet eingestellt. Die Einstellung der zweitgenannten Projektleiterin wird jedenfalls bis Ende der ersten Projektphase sichergestellt.

3.1.4 (entfällt)

3.1.5 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.6 Beantragte Förderung des Teilprojektes (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	Gesamt
2003	61,2	32,6	•	93,8
2004	61,2	14,3	•	75,5
2005	61,2	26,9	•	88,1
2006	67,2	3,1	•	70,3
2003-2006	250,8	76,9	•	327,7

(Beträge in Tausend €)

3.2 Zusammenfassung

Seit den 1990er Jahren wird in der Arbeitsmarktpolitik (AMP) auf der EU-Ebene sowie in den Mitgliedsstaaten die Förderung von Beschäftigungsfähigkeit möglichst aller Gesellschaftsmitglieder als Politikziel verfolgt. Die unter dem *label* aktivierende AMP realisierten Reformen lassen einen Wandel vom „fürsorgenden zum kooperativen Sozialstaat“, und damit Verlagerungen in der Interventionsdimension des DRIS, vermuten. Untersucht werden sollen folgende Aspekte: (1.) Ob die gleichgerichtete Veränderung bei den Zielsetzungen mit einer länderübergreifenden Konvergenz bei der Veränderung von Steuerungsformen einher geht. (2.) Was die Ursachen für die möglichen Unterschiede nationaler Steuerungsfähigkeit sind. Und (3.), ob letztlich ähnliche soziale Folgen mit den Reformen verbunden sind. Um die *Reichweite* der Arbeitsmarktreformen zu erfassen, wird eine eher arbeitsmarktferne Gruppe – Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern – betrachtet. Zudem wird dabei die *Koordination* von AMP mit weiteren einschlägigen Politikfeldern wie der Familienpolitik und der Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung untersucht.

Die zu überprüfenden *Thesen* lauten: Die neuen, konvergenten Ziele der AMP, die man als Zeichen der Internationalisierung begreifen kann, führen in allen Ländern zu Veränderungen von Steuerungsformen. So können 'innerhalb' der AMP Verlagerungen auf der Achse 'lokal versus global' und auf der Achse 'Markt versus Staat' beobachtet werden. Diese Tendenzen der Dezentralisierung und Privatisierung bislang staatlicher Aufgaben werden zudem – so wird angenommen – Veränderungen 'im Staat' nach sich ziehen, indem vor allem Formen politikfeldübergreifender Koordination zunehmen. Angesichts länderspezifischer (sozial-)struktureller und institutioneller Ausgangssituationen sowie unterschiedlicher *gender contracts* dürften allerdings bei der Umsetzung der an sich konvergenten Zielsetzung letztlich eine Divergenz des institutionellen Wandels und der sozialen Folgen in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten überwiegen.

Untersucht werden Deutschland, Großbritannien und Dänemark, die jeweils für einen anderen Typus von Wohlfahrtsstaatlichkeit stehen. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den Reformen der AMP seit den 1990er Jahren. Die Untersuchung stützt sich wesentlich auf vergleichende qualitative Querschnittsanalysen, sowie auf quantitative Analysen zur Arbeitsmarktstrukturierung, zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, sowie zu gruppenspezifischen sozialen Lagen.

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Jeweils Vergleich: D, DK und UK		
Bestandsaufnahme zu Reformen der AMP sowie Koordination von AMP und Familienpolitik	Analyse der Koordination von AMP und beruflicher Aus- und Weiterbildungspolitik	Untersuchung der sozialen Folgen der AMP sowie ihrer Rückkopplungseffekte auf weitere Reformwellen

3.3 Problemaufriß und Stand der Forschung

3.3.1 Problemaufriß

Auf EU-Ebene und in den verschiedenen Nationalstaaten wird seit Beginn der 1990er Jahre Beschäftigungsfähigkeit oder *employability*¹ einschließlich der Gleichheit der Geschlechter als Ziel *aktivierender AMP* formuliert. Dies steht exemplarisch für einen derzeit propagierten Paradigmenwechsel der Sozialstaatlichkeit, der als Wandel vom „fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat“ bezeichnet wird (Schmid 1996). Wandel wird dabei nicht nur an den neuen Zielsetzungen festgemacht, sondern vor allem auch an der Veränderung von Steuerungsformen. Ob dieser angenommene Paradigmenwechsel auch im Sinne des DRIS für einen elementaren Wandel des sozialen Interventionsstaates steht, kann letztlich nur durch empirisch-vergleichende Forschung geklärt werden.

Am Beispiel der aktivierenden AMP in verschiedenen europäischen Ländern soll daher *erstens* überprüft werden, ob die Konvergenz der *employability*-Zielsetzung, die man als Anzeichen einer Internationalisierung ansehen könnte, auch eine konvergente Veränderung bei der Umsetzung, insbesondere in den Steuerungsformen, nach sich zieht. Dabei geht es um die Frage, ob es zu Veränderungen auf den Achsen 'lokal versus global' (insbesondere Subnationalisierung) oder 'Markt versus Staat' (Privatisierung) kommt. Hier scheint es sinnvoll, die Orientierung aktivierender AMP auf eine Universalisierung von Arbeitsmarktteilhabe an einer bisher eher arbeitsmarktfernen Gruppe, nämlich Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern, zu untersuchen. So kann nicht nur die Reichweite von Aktivierungspolitik, sondern auch ihre Nachhaltigkeit – verstanden als Schaffung von Voraussetzungen für eine dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit 'aller' – untersucht werden. Dies vorausgesetzt, sind z.B. Zugang und Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung, sowie die Gewährleistung eines Kinderbetreuungsangebots relevant. Damit kommt ein weiterer Aspekt der Veränderungen von Steuerungsformen in den Blick, nämlich neue Anforderungen an eine politikfeldübergreifende staatliche Koordination – hier zwischen AMP und Familienpolitik sowie mit der beruflichen Aus- und Weiterbildungspolitik. Dies würde letztlich eine Verlagerung von Steuerungs- und Koordinationsaufgaben auch 'zum Staat hin' beinhalten.

Zweitens sollen die Ursachen möglicher Unterschiede in der nationalen Steuerungsfähigkeit und ihre Auswirkungen auf die *employability*-Zielsetzung untersucht werden. Hier sind neben dem *social contract* auch der *gender contract* und die Auswirkungen dieser *contracts* auf die Verfassung und die Regulation von Arbeitsmärkten, insbesondere auch des *Dienstleistungssektors* relevant.

¹ *Employability* läßt sich übersetzen als Befähigung mit Arbeitsmarktrisiken umzugehen bzw. als Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit einzelner Erwerbstätiger im Arbeitsmarkt. Für den historischen Wandel arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen allgemein siehe OECD (1990), zur Verankerung des *employability*-Ziels in der EU vgl. Lefresne (1999) und Visser (2000).

Drittens soll geklärt werden, ob die (unterschiedliche) Umsetzung der aktivierenden AMP in den einzelnen Ländern hinsichtlich der sozialen Folgen eine konvergente Entwicklung aufweist.

Für die so aufgefücherte Fragestellung sind verschiedene Forschungsstränge relevant (s. 3.3.2): Zunächst ist (1.) die Forschung zur AMP sowie die aktuelle Diskussion zum Wandel des Sozialstaats, bei besonderer Berücksichtigung der Veränderung sozialpolitischer Interventionsformen, zu beachten. Ferner wird (2.) auf den Ergebnissen der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung sowie den Analysen zur staatlichen Steuerungsfähigkeit aufgebaut.

Vor dem Hintergrund der hier formulierten Fragestellung werden dabei auch eigentümliche Engführungen der jeweiligen Forschungsperspektiven deutlich, die selbst bei einer Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse der geschlechtersensiblen Wohlfahrtsstaatsforschung und der Forschung zum Dienstleistungssektor nur zum Teil ausgeglichen werden können.

3.3.2 *Stand der Forschung*

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik als Wandel von Sozialstaatlichkeit und sozialpolitischen Interventionsformen

In der jüngeren Forschung zum Wandel des Wohlfahrtsstaates wird ein Paradigmenwechsel vom „fürsorgenden zum kooperativen Sozialstaat“ konstatiert (Schmid 1996). Andere bezeichnen den 'neuen' Sozialstaat auch als „aktivierenden“ (Evers 2000; Olk 2000) oder „befähigenden“ (*enabling*) Staat (Gilbert/Gilbert 1989; Gilbert 2002). Dieser Wandel wird aus veränderten sozialstaatlichen Zielsetzungen und auch aus veränderten Steuerungsstrategien abgeleitet.² Damit deuten sich Verlagerungen in der Interventionsdimension des DRIS an: Der *kooperative Wohlfahrtsstaat* sei nicht mehr primär an einheitlichen, sondern an gleichwertigen Lebensverhältnissen orientiert – was auch als *supply-side-egalitarianism* (Streeck 1998) bezeichnet wird. Er steuert weniger über umverteilende Transfers als über ergebnisgerichtete Anreize. Soziale Sicherung wird zunehmend (wieder) eine Funktion des Marktes bzw. der Arbeitsmarktteilhabe. Wohlfahrtsstaatliche De-Kommodifizierung wird in weit stärkerem Umfang an vorausgegangene Kommodifizierung gekoppelt.

Die *aktivierende* AMP steht exemplarisch für einen entsprechenden Wandel des Sozialstaats. Ziente die *aktive* AMP mit der Regulierung von *Arbeitsmärkten* noch auf ein besseres *matching* von Qualifikationsstruktur und Arbeitskraftnach-

² In weiteren relevanten Forschungssträngen zum allgemeinen Wandel von Staatlichkeit wird auf das Entstehen eines *regulatory state* verwiesen, womit die Zunahme der staatlichen Regelungsaufgaben auch im schlanken Staat betont wird (Majone 1996; Müller/Sturm 1998). In der Diskussion um den „kooperativen Staat“ bzw. die „kooperative Verwaltung“ wird vor allem die Notwendigkeit der Kooperation zwischen verschiedenen staatlichen Sub-Einheiten bzw. deren Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben betont (Ritter 1979; Benz 1994).

frage, werden nun die *Arbeitskräfte* selbst zum Ziel der Intervention. Erste, eher empirisch-deskriptiv orientierte Länderstudien zu Regulierungen und Maßnahmen im Rahmen der aktivierenden AMP zeigen deutliche Konvergenzen: Die Einführung von *Zwangselementen*, z.B. im Rahmen der *welfare-to-work*-Programme, oder die *Veränderung von Steuerungsmodi*, etwa die Einführung von Kontrakten zwischen Arbeitsverwaltung und Klienten, das deutsche Beispiel wäre der Eingliederungsplan im SGB III (Cox 1998a; Sell 1998; Torfing 1999; Lødemel/Trickey 2000).

Im Gegensatz zu dieser konvergenten Tendenz des Wandels finden sich jedoch auch Zeichen für Kontinuität in bzw. Divergenz zwischen verschiedenen Ländern. Trotz der großen Ähnlichkeiten zwischen dem deutschen und dem britischen Aktionsplan, den man jeweils nationalstaatlich entsprechend den 1997 in Luxemburg verabschiedeten arbeitsmarktpolitischen Leitlinien der EU aufstellte, wurden faktisch die unterschiedlichen Beschäftigungspolitiken beibehalten (Wally/Blümel 2000). Organisation und Leistungen der Arbeitslosenversicherung folgen noch immer eher nationalen Entwicklungspfaden denn einheitlichen Reformtrends, und auch bei den Arbeitslosenzahlen ist keine konvergente Entwicklung zu erkennen (Clasen 1999). Zu klären ist also, ob und wie die Konkretisierung der arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen, die Einführung neuer Steuerungsformen und schließlich die Auswirkungen dieser neuen Steuerung durch nationalstaatliche Voraussetzungen beeinflusst werden.

Damit muß auch die Frage nach dem Wandel von Steuerungsformen konkretisiert werden. So erscheint es relevant, daß die These des Entstehens eines kooperativen Sozialstaats die Rolle des Staates als 'Ko-Produzenten' bzw. die staatliche Gewährleistungsverantwortung vor allem im Zusammenhang mit der Verwirklichung von Teilhabezielen hervorhebt (Olk 2000). Andere Autoren betonen eine Verschiebung der für den fürsorgenden Sozialstaat charakteristischen *rechtlichen* und *finanziellen* Interventionen zu Gunsten von eher *pädagogischen* und *ökologischen*, also die Infrastruktur betreffenden, Interventionen (Kaufmann 1982). In einem noch stärker theoretisch-normativen Forschungsstrang wird die Notwendigkeit reflexiver Steuerung – im Sinne einer erneuten Rückkopplung der Folgen vorangegangener staatlicher Intervention in den aktuellen politischen Prozess – bzw. das *policy learning* hervor gehoben³. Damit werden letztlich erhöhte Anforder-

³ Im Gegensatz zu einer Sozialpolitik „erster Ordnung“, welche auf die direkte Beeinflussung sozialer Problemlagen abzielt, gewährleistet und steuert eine Sozialpolitik „zweiter Ordnung“ den Zusammenhang bzw. die Interdependenzen zwischen verschiedenen institutionellen Teilsystemen, so über ministeriale Reorganisation oder übergreifende Systematisierungen wie das Sozialgesetzbuch (Kaufmann 1998: insbes. 320-322). Andere Autoren führen in diesem Zusammenhang den Begriff des *policy learning* ein: „Auf einer konkreten policy-Ebene bedeutet Reflexivität, Lernfähigkeit zu institutionalisieren“ (Leisering 1999: 84). Zu den verschiedenen Formen des *policy learning* bzw. zu den ideologischen und institutionellen Rahmenbedingungen siehe Hall (1993) und Hemerijck und van Kersbergen (1999).

rungen an staatliche Steuerungsfähigkeit gestellt bzw. eine qualitativ-prozessuale Veränderung von Staatlichkeit gefordert (Teubner/Willke 1984; Nielsen 1991; Kaufmann 1994).

Auch diesbezüglich erscheint die aktivierende AMP beispielhaft. In verschiedenen Studien wird – noch weitgehend prospektiv – auf die notwendige Kontextualisierung durch Familien- bzw. Gleichstellungspolitik (Fuhrmann 2000; Gottschall/Dingeldey 2000; Rake 2001; Gottschall 2002), die Koordination mit Bildungs- bzw. beruflicher Aus- und Weiterbildungspolitik (OECD 1990: 61f.) oder auch die Umgestaltung sozialer Sicherungssysteme (Rabe/Schmid 1999) hingewiesen.⁴ Empirische Untersuchungen der Koordination von AMP mit anderen Politikfeldern liegen jedoch weder aus der Perspektive der AMP noch aus der Perspektive der anderen Politikfelder vor.

So ist aufgrund des *Querschnittcharakters der Familienpolitik* der Einfluss anderer Politikfelder bzw. sozialer Systeme auf die Familie zwar unstrittig (Kaufmann u.a. 1997; Wingen 1999, 2001: 57ff., 241ff.). Die Auswirkungen der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Entwicklung von Familien wurde bereits vielfach mit unterschiedlichen Akzentsetzungen untersucht (Blossfeld 1995; Schulze 1997; Drew/Emerek 1998; Kühn 2001). Gleichwohl fehlt hier selbst in explizit steuerungstheoretisch orientierten Arbeiten die systematische Analyse politikfeldübergreifender Koordination (Gerlach 1996).

Die Forschung zur beruflichen *Aus- und Weiterbildungspolitik* ist bislang auf einzelne Fallstudien (Offe 1975; Streeck 1987; King 1993) bzw. auf den Vergleich genuin (berufs-) bildungspolitischer Institutionen oder Regulierungen beschränkt (Marsden/Ryan 1995; Jobert u.a. 1997; Müller u.a. 1997; Sackmann u.a. 2000). Selbst bei der in der Bildungsforschung vorherrschenden Untersuchung von sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheit (Shavit/Müller 1998; Heinz 1999; Gangl 2001) ist die Analyse der kumulierenden *impacts* verschiedener Politikfelder äußerst selten (Allmendinger 1999).

Die geplante Analyse politikfeldübergreifender Koordination von AMP, Familien- und Bildungspolitik würde den Blick sowohl auf Interdependenzen als auch auf Inkonsistenzen, also auf verschiedene Logiken oder Widersprüche *zwischen* unterschiedlichen Politikfeldern *in einem Land* öffnen, und damit eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Kenntnisstands darstellen.

Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und staatliche Steuerungsfähigkeit

In der *vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung zur Steuerungsfähigkeit* kommt Koordination eine zentrale Bedeutung zu.⁵ In der Beschäftigungs- und Arbeits-

⁴ Auch das Konzept der „Übergangsarbeitsmärkte“ verweist auf die Koordination von Maßnahmen aus den verschiedenen Politikfeldern, ohne jedoch die Steuerungsfragen explizit zu thematisieren (Schmid 1994; Schmid/Gazier 2002).

⁵ In fragmentierten *policy*-Systemen bedarf es institutionell-administrativ gesetzter Grenzen überschreitender Koordination, die als horizontale bzw. vertikale Koordination bezeichnet wird

marktpolitik Ende der 1970er Jahre wurden insbesondere die Kooperation kollektiver Akteure bzw. die Institutionalisierung korporatistischer Verhandlungssysteme als Voraussetzung für das Erreichen von Vollbeschäftigung herausgestellt, so etwa am Fall Schweden und Österreich. Damit spielte also die Fragmentierung oder Zentralisierung des Kollektivverhandlungssystems und die Kooperations- oder Konfliktorientierung der Tarifpartner sowie ferner die Koordination zwischen den kollektiven Akteuren in der Tarif-, Geld- und Finanzpolitik eine entscheidende Rolle in der Erklärung von makroökonomischer Performanz bzw. *policy-outputs* (Schmidt 1983; Scharpf 1987, 1988).

Die Steuerungsbedingungen haben sich seitdem u.a. aufgrund der zunehmenden internationalen und auch der europäischen Integration maßgeblich verändert. Unterschiede in der staatlichen Steuerungsfähigkeit blieben jedoch bestehen, wenngleich in den 1990er Jahren andere Länder die Spitze der *hit parade* bei der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anführten, so beispielsweise Dänemark oder Großbritannien (Werner 1998). Neben den Arbeitsbeziehungen wurden nun auch die Unternehmensbeziehungen als Unterscheidungskriterien für *coordinated* und *un-coordinated market economies* herausgestellt und herangezogen, um unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien und Erfolgsbilanzen zu erklären (Soskice 1999; Manow 2001). Dabei wurde u.a. die Regulierung der Berufsbildung als Ursache für unterschiedliche Produktions- und Beschäftigungsregime, im Sinne von *high wage/high quality* versus *low wage/low quality*, ausgemacht (Finegold/Soskice 1988; Crouch u.a. 2001). Gleichwohl wurden auch der Nicht-Koordination positive Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum zugeschrieben (Eichengreen/Iversen 1999).

Demnach strukturieren auch weiterhin unterschiedliche Wohlfahrtsstaatstypen und die ihnen zugrundeliegenden *social contracts* sowie die damit eng verknüpften *employment regimes* – soziale Absicherung und Regulierung von Beschäftigungsverhältnissen, Bedingungen der De-Kommodifizierung und auch die Größe des öffentlichen Sektors – die jeweils besonderen nationalen Problemlagen wie auch die Handlungsoptionen für die Problemlösung (Esping-Andersen 1990; Kolberg/Esping-Andersen 1992; Aust/Bieling 1996). Für die AMP im engeren Sinne wurden spezifische institutionelle Voraussetzungen, wie das Finanzierungssystem (Schmid u.a. 1987) oder die Struktur der Arbeitsverwaltung, etwa die institutionelle Verknüpfung von Arbeits- und Sozialämtern oder die Kommunalisierung von AMP (Schmid 2001: 130), als wichtige Determinanten für den Umfang und den Erfolg aktiver AMP ermittelt.

Bedingungen politikfeldübergreifender Koordination wurden bislang am ausführlichsten im Rahmen der Beschäftigungspolitik als Koordination von Lohn-,

(Mayntz/Scharpf 1975). Mit den Begriffen der positiven und negativen Koordination wurde auf die unterschiedliche Qualität der in Verhandlungen zu erreichenden Ergebnisse in Abhängigkeit von den Akteurskonstellationen bzw. den institutionellen Arrangements verwiesen (Scharpf 1993).

Geld-, Fiskal- sowie partiell von Steuerpolitik untersucht (Scharpf 1987, 2000a; Hemerijck u.a. 2000). Die entsprechenden makroökonomisch orientierten Studien zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtskapitalismus neigen jedoch dazu, Koordinations- und Regulierungsstandards, die bei der primär industriell geprägten Beschäftigung gelten, auf jede Beschäftigung zu verallgemeinern. Dabei wird unterstellt, daß nationale Arbeitsmärkte homogen reguliert sind bzw. die Regulierung und Strukturen der Industriebeschäftigung ungebrochen auf den tertiären Bereich übertragen werden können bzw. wurden. Diese Annahmen sind allerdings zweifelhaft, da durch sie die besonderen Aspekte der *Entwicklung und Struktur des Dienstleistungssektors*, der *Feminisierung der Beschäftigung* sowie die für diese Entwicklungen zunehmende Bedeutung der *sich verändernden Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt und Familie* und deren länderspezifische Entwicklungsbedingungen vernachlässigt werden.

Die *Expansion der Dienstleistungsbeschäftigung* erscheint als säkularer Trend, bei dem sich jedoch entscheidende Unterschiede in der Beschäftigungsdynamik und -struktur im Vergleich zur Industriebeschäftigung abzeichnen: Dies zeigt sich bei der meist deutlich geringeren gewerkschaftlichen Organisationsfähigkeit, der Verbreitung 'neuer' oder atypischer Arbeitsformen, oder auch bei den Qualifikationsstrukturen sowie der Regulierung der Berufsausbildung, etwa der Akzentuierung der dualen gegenüber der vollzeitschulischen Ausbildung (De Grip/Hoevenberg 1997; de Bruijn/Volman 2000; Dølvik 2001b). So gelten die für die Industriebeschäftigung entwickelten Regulierungsstandards, wie z.B. das Normalarbeitsverhältnis in der Bundesrepublik, für den Dienstleistungssektor nur bedingt, so daß – abhängig von länderspezifischen Rahmenregulierungen – neue, flexiblere Normalitätsstandards entstehen können (Hoffmann/Walwei 1998; Bosch 2001a).

Zudem entwickeln sich länderspezifisch stark unterschiedliche Anteile der Dienstleistungsbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung (Bosch 2001b). Dabei deutet sich ein Zusammenhang an zwischen spezifischen Formen der Wohlfahrtsstaatlichkeit, Umfang und Struktur der Frauenerwerbsbeteiligung sowie der Regulierung von Reproduktionsaufgaben bzw. der Größe des (öffentlichen) Dienstleistungssektors (Häußermann/Siebel 1995; Esping-Andersen 1999; Kvist 2001). Andere Autoren betonen den Zusammenhang von Dienstleistungsbeschäftigung mit dem Zuschnitt der Steuer- und Ausgabenstruktur in dem jeweiligen Wohlfahrtsstaatssystem (Scharpf 2000a). Ob dabei die in einigen Ländern zu beobachtende Lohndifferenzierung eine Voraussetzung für das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung darstellt, ist allerdings umstritten (Schettkat 1996; Iversen/Wren 1998; OECD 2000).

Auch der säkulare Trend einer *Zunahme der Frauenbeschäftigung* wird länderspezifisch 'gebrochen', was sich durch maßgebliche Unterschiede in den Beschäftigungs- und Arbeitszeitprofilen von Frauen niederschlägt (Blossfeld/Hakim 1997; Rubery u.a. 1998; Yeandle 1999; Daly 2000; O'Reilly u.a. 2000). Als Ursache

werden u.a. Regulierungen und Maßnahmen aus dem (weiteren) Kontext der Familienpolitik (Angebot von Dienstleistungen, steuer- und sozialpolitische Regelungen für Ehepartner, Elternurlaub usw.) genannt (O'Connor u.a. 1999; Montanari 2000; Scheiwe 1994; Dingeldey 2001). Zudem gilt die Regulierung der jeweiligen Berufsbildungssysteme – insbesondere für soziale Dienstleistungsberufe – als wesentliches Element der geschlechtsspezifischen Strukturierung des Arbeitsmarkts (Krüger 1995, 1996).

Die geschlechtersensible Wohlfahrtsstaatsforschung (zusammenfassend Orloff 1993; Kulawik/Sauer 1996) verweist mit dem *gender contract* auf besondere Regulierungskomplexe und Normen, die letztlich unterschiedliche Geschlechterregime prägen. Anhand von Kategorien wie *männliches Ernährermodell* – bzw. (als Gegenentwurf) dem *individualised model* – werden sozialstaatlich-institutionelle wie kulturell-normative Regelungsmechanismen der Arbeitsmarktteilhabe von (verheirateten) Frauen bzw. Müttern kategorisiert (Lewis/Ostner 1994; Sainsbury 1994; Pfau-Effinger 1999). *De-familialisation* als Grad der Entlastung der Familien von Sorgeaufgaben durch den Sozialstaat (Orloff 1993; Esping-Andersen 1999: 51, 2002) ist damit nicht nur die Voraussetzung für die Arbeitsmarktteilhabe von Frauen, sondern bezeichnet und erfordert auch die staatliche Regulierung von Reproduktionsaufgaben. Der *gender contract* bzw. die je *spezifische Regulierung der Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt und Familie* wird damit zu einem weiteren wesentlichen Unterscheidungskriterium verschiedener wohlfahrtsstaatlicher und beschäftigungspolitischer Regime, wie insbesondere auch der Strukturierungen des Dienstleistungssektors.

Die Prozesse politischer Steuerung, die als Erklärungsvariablen für das Erreichen eines hohen Beschäftigungsniveaus bzw. der sozialen Bedingungen von Beschäftigung im Wohlfahrtskapitalismus analysiert wurden, müssen demnach erweitert betrachtet werden: Die besonderen Entwicklungsbedingungen der Tertiärisierung und Feminisierung der Beschäftigung(sstrukturen), der jeweilige *gender contract* bzw. die spezifische Koordination der Reproduktionsaufgaben sind in die Analyse einzubeziehen. Zudem muß geklärt werden, ob unter diesen veränderten Kontextbedingungen die strukturellen Nachteile von Elternschaft im Hinblick auf die Arbeitsmarktteilhabe durch staatliche Steuerung in den einzelnen Ländern erfolgreich ausgeglichen werden können, oder ob vielmehr Mutter- bzw. Elternschaft zunehmend zum sozialen Risiko wird. Das gleiche gilt für die Stratifizierungseffekte von Bildung. Beides dürfte letztlich mit entscheidend für die sozialen Folgen der aktivierenden AMP sein.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Karin Gottschall und Irene Dingeldey (2000) analysieren den deutschen Fall des Wandels arbeitsmarktpolitischer Ziele seit den 1970er Jahren und problematisierten dessen geschlechtsspezifisch-selektive Ausgestaltung.

Darüber hinaus arbeitet Karin Gottschall zur Entwicklung des Dienstleistungssektors, zum Strukturwandel von Erwerbsformen, zur geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation, zu aktiver AMP und zu Theorien sozialer Ungleichheit (Monographien: 2000; Aufsätze u.a.: 1987, 1991, 1995, 1999a, 2001, 2002a sowie Gottschall/Schnell 2000, Gottschall/Betzelt 2001, Gottschall/Bird 2003). Ferner hat sie kritisch untersucht, wie das Verhältnis von Erwerbstätigkeit und Elternschaft in der soziologischen Forschung gesehen wird (1999b), und Arbeiten zur Bildungspolitik im deutschen Sozialstaat vor dem Hintergrund europäischer Erfahrungen (2002b) vorgelegt (vgl. insoweit auch Projekt C4).

Irene Dingeldey hat in eigenständiger Forschung – bis zum Jahr 2000 am Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen – die Steuerungswirkung nationalspezifischer Regulierung zur geringfügigen Teilzeitbeschäftigung (1998) sowie zur Familienbesteuerung im Hinblick auf geschlechterspezifisches Arbeitsmarktverhalten bzw. familiäre Erwerbsmuster untersucht (2000, 2001). Zudem erforschte sie die Arbeitsbeziehungen (1997), die Berufsbildungspolitik (1996) sowie jüngere Reformen der AMP in Großbritannien (1999). Die Koordinationsfunktion des *gender contract* in Bezug auf die Reproduktionssphäre und Arbeitsmarktstrukturen wurde jüngst anhand eines deutsch-dänischen Vergleichs gezeigt (2002).

Literaturangaben zu den eigenen Vorarbeiten

- Dingeldey, Irene (1996) „Wandel gewerkschaftlicher Strategien in der britischen Berufsbildungspolitik der 80er und 90er Jahre“ *Politische Vierteljahresschrift* 37:4 687-712
- (1997) *Britische Arbeitsbeziehungen. Gewerkschaften zwischen Konflikt, Kooperation und Marginalisierung* Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag
 - (1998) „Läßt sich die Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse über Steuern und Sozialabgaben gezielt beeinflussen? Perspektiven für die deutsche Reformdiskussion durch den europäischen Vergleich“ *WSI-Mitteilungen* 51:12 863-872
 - (1999) „Zuckerbrot und Peitsche – Zur Arbeitsmarktpolitik unter New Labour“ *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 44:3 328-336
 - Hg. (2000) *Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen. Begünstigungen und Belastungen verschiedener familialer Erwerbsmuster im Ländervergleich* Opladen: Leske + Budrich
 - (2001) „European Tax Systems and their Impact on Family Employment Patterns“ *Journal of Social Policy* 30:4 653-652
 - (2002) Der blinde Fleck in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Kritik und Erweiterung der Forschungsperspektiven, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen (ZeS-Arbeitspapier 02/2002)
- Gottschall, Karin (1987) „Arbeitsmarktpolitik für Frauen? Zur Teilhabe erwerbsloser Frauen an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ in: Hedwig Rudolph, Helga Manthey, Christine Mayer, Helga

Ostendorf, Ursula Rabe-Kleberg & Ingeborg Stahr, Hg. *Ungeschützte Arbeitsverhältnisse* Hamburg: VSA 42-52

- (1991) „Chancengleichheit durch Bildung? Zum Stellenwert von Weiterbildung für die Erwerbschancen von Frauen“ *Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung (MittAB)* 24:2 396-408
- (1995) „Geschlechterverhältnis und Arbeitsmarktsegregation“ in: Regina Becker-Schmidt & Gudrun-Axeli Knapp, Hg. *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften* Frankfurt a.M. u.a.: Campus 125-162
- (2000) *Soziale Ungleichheit und Geschlecht* Opladen: Leske und Budrich
- (1999a) „Freie Mitarbeit im Journalismus. Zur Entwicklung von Erwerbsformen zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51:4 635-654
- (1999b) „Erwerbstätigkeit und Elternschaft als Gegenstand Soziologischer Forschung“ *Zeitschrift für Frauenforschung* 17:3 19-32
- (2001) „Zwischen tertiärer Krise und tertiärer Zivilisation. Zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Dienstleistungsgesellschaften“ *Berliner Journal für Soziologie* 11:2 217-235
- (2002a) „Flexible Erwerbsbürgerschaft auch für Frauen? Herausforderungen der Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik in Deutschland“ *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik* 2:1 89-100
- (2002b) „Erziehung und Bildung im deutschen Sozialstaat. Blind Spots und Reformbedarfe im europäischen Vergleich“ in: Kathrin Heinz & Barbara Thiessen, Hg. *Feministische Forschung. Nachhaltige Einsprüche* Opladen: Leske und Budrich (i.E.)
- & Sigrid Betzelt (2001) *Alleindienstleister im Berufsfeld Kultur - Versuch einer erwerbssoziologischen Konzeptualisierung*, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen (ZeS-Arbeitspapier 18/2001)
- & Kate Bird (2003) „Family Leave Policies and Labor Market Segregation in Germany: Reinvention or Reform of the Male Breadwinner?“ *Review of Policy Research – Special Issue on Gender and Work Place Policies* (i.E.)
- & Irene Dingeldey (2000) „Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat: Auf dem Weg zu reflexiver Deregulierung?“ in: Stephan Leibfried & Uwe Wagschal, Hg. *Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen – Reformen – Perspektiven* Frankfurt a.M. u.a. : Campus 306-339
- & Christiane Schnell (2000) „„Alleindienstleister“ in Kulturberufen – zwischen neuer Selbständigkeit und alten Abhängigkeiten“ *WSI Mitteilungen* 53:12 804-810

3.5 **Arbeitsprogramm** (Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan)

3.5.1 *Forschungsziele*

Im Einklang mit der neueren (Sozial-)Staatstheorie wird zunächst von einem Wandel von Staatlichkeit ausgegangen. Dieser Wandel erfasst veränderte sozialstaatliche Ziele und auch 'neue' Steuerungsformen und damit einhergehende Verlagerungen von Staatlichkeit (s. oben 3.3.2, 1. Zwischenüberschrift). Ziel dieses Teilprojektes ist es, ausgehend von unterschiedlichen Typen in der Interventionsdimension des DRIS, der Frage nach einem konvergenten *oder* divergenten Formwandel von Staatlichkeit nachzugehen. Dazu wird exemplarisch untersucht, wie in verschiede-

nen Ländern das einheitlich formulierte *employability*-Ziel (als Universalisierung der Beschäftigungsteilhabe) umgesetzt wird bzw. wie die aktivierende AMP im Ländervergleich ausfällt. Die Fokussierung auf die Gruppe der Mütter zielt darauf ab, die Reichweite der neuen AMP zu bestimmen. Der Aspekt der Koordinierung von AMP mit Familienpolitik bzw. mit der Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung beleuchtet spezifische Voraussetzungen für die Zielerreichung bzw. den Steuerungserfolg. Die Untersuchung der Kontextualisierung von AMP im Ländervergleich kann so Aufschluss darüber geben, ob und wie sich die Steuerungsformen verändern und die entsprechend komplexen Steuerungsanforderungen bewältigt werden.

Die Untersuchung des mit der aktivierenden AMP eingeführten Steuerungsmix soll zeigen, ob es zu Verlagerungsprozessen auf den Achsen '*Staat versus Markt*' oder '*lokal versus global*' kommt. Da die Chancen für eine tatsächliche *Globalisierung* bzw. *Europäisierung* der Arbeitsmarktpolitik (Keller 1999)⁶ wie auch einer einheitlichen europäischen Sozialstaatlichkeit eher skeptisch eingeschätzt werden (Pierson/Leibfried 1998), richtet sich der Fokus der Untersuchung auf Prozesse der verstärkten *Privatisierung* oder *Subnationalisierung* bislang staatlicher Aufgaben.

Ferner wird analysiert, ob sich durch die Veränderung entsprechender Steuerungsformen auch *Verlagerungen von Regulations- bzw. Koordinationsaufgaben 'zum Staat hin'* ergeben. Die Konvergenz oder Divergenz der entsprechenden Steuerungsformen sowie ihre sozialen Folgen werden dabei vor dem Hintergrund der unterschiedlichen situativen und institutionellen Bedingungen in den verschiedenen Wohlfahrtsstaatsökonomien analysiert.

Der *politikwissenschaftliche Institutionalismus* – bzw. dessen spezifische Ausprägungen als *akteurzentrierter Institutionalismus* (Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 2000b) oder *historischer Institutionalismus* (Thelen/Steinmo 1992; Thelen 1999) – haben verschiedene Faktoren als ausschlaggebend für einen Steuerungserfolg ausgemacht: den situativen Kontext, die besonderen institutionellen Arrangements, die Akteurskonstellationen und die (normativen) Handlungsorientierungen der Akteure (Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 2000b). Ferner wurden der Einfluß vorangegangener Politiken (*path dependency*, Pfadabhängigkeit), sowie Rückkopplungseffekte betont (Pierson 1993). Untersuchungen der vergleichenden Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsforschung, welche diesem Ansatz zuzuordnen sind, haben diese Faktoren dann, bezogen auf die jeweiligen Bedingungen in den entsprechenden

⁶ Das Ziel der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit einschließlich der Chancengleichheit wurde zwar als Kernziel des Beschäftigungskapitels in den Amsterdamer Vertrag aufgenommen und trägt zur Vereinheitlichung der nationalen arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen bei. Gleichwohl beschränkt sich die tatsächliche „Anpassung“ der nationalen Beschäftigungspolitiken auf „weiche“ Koordinationsinstrumente wie die Formulierung von gemeinsamen Leitlinien, die jedoch nationalstaatlich umgesetzt und allein durch *benchmarking* „überprüft“ werden (sogenannte „offene Koordinierung“). Auf EU-Ebene fehlen damit sowohl Kompetenzen als auch Instrumente, eine eigene aktive beschäftigungsfördernde Politik zu betreiben (Aust 2000).

Politikfeldern, konkretisiert. Ursachen und Bedingungen für das Zustandekommen von Koordination wurden dabei bislang allerdings vornehmlich für die makroökonomische Wirtschaftssteuerung untersucht, wobei vor allem die für die Industriebeschäftigung relevanten Akteure und Regulierungen in den Blick kamen (s. oben 3.3.2, 2. Zwischenüberschrift). Die hier geplante Betrachtung des Sozialstaatswandels aus der Perspektive der AMP – koordiniert mit der Familienpolitik und der Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung – zielt daher darauf, *Erklärungen zum Wandel von Steuerungsformen*, von spezifischen *policy outputs* und *policy impacts* (im Sinne sozialer Folgen) systematisch zu erweitern.

Dazu werden neben der Internationalisierung, in Form des von der EU propagierten und von den Nationalstaaten übernommenen Ziels der *employability*, auch die *Dynamiken der Feminisierung des Arbeitsmarktes* bzw. *die Veränderung familiärer Erwerbsformen und von Erwerbswünschen* als Wandel des situativen Kontextes in den einzelnen Ländern untersucht. Da das Beschäftigungswachstum wie auch die Beschäftigung von Frauen primär im Dienstleistungssektor zu erwarten ist, gilt ferner der *Tertiarisierung* besondere Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund werden auch Normen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als Handlungsorientierung von (kollektiven) Akteuren integriert. Die Analyse der Institutionalisierung länderspezifischer *social contracts* – insbesondere bezogen auf arbeitsmarktpolitische Regulierungen – wird mit der Analyse der *gender contracts* verknüpft bzw. im Hinblick auf die *Organisation von Reproduktionsaufgaben* untersucht. Wesentlich sind im Kontext der Bildungspolitik ferner die *Institutionen des (Berufs-) Bildungssystems*, welche Übergänge in den Arbeitsmarkt steuern. Schließlich wird den *Ressortabgrenzungen* und der entsprechenden *Gestaltung von Akteursnetzwerken* bei der Strukturierung von Politikfeldern bzw. ihrer Koordination zentrale Aufmerksamkeit bei dem Vergleich länderspezifischer Institutionen gewidmet, um so Prozesse politikfeldübergreifender Steuerung beobachten zu können.

Fragestellungen und Hypothesen

Die in diesem Teilprojekt zu untersuchende Fragestellung lässt sich in (1.) Bestandsaufnahme, (2.) Ursachen und (3.) Folgen gliedern. Die Bearbeitung der Aspekte Bestandsaufnahme und Ursachen werden jeweils in *einer* Untersuchungsphase zusammengezogen und zwar die Analyse der Koordination der AMP mit der Familienpolitik in Phase I und die Koordination von AMP und Bildungspolitik in Phase II. Die sozialen Folgen wie auch die Rückkopplungseffekte von Reformwelten werden dann in Phase III behandelt (zu den Phasen des Projekts im Einzelnen siehe unten 3.5.3).

Fragen zu den länderspezifischen Arbeitsmarktformen (Bestandsaufnahme)

- Lässt sich die augenscheinliche *Konvergenz der arbeitsmarktpolitischen Ziele* in den verschiedenen Ländern auch hinsichtlich der Umsetzung dieser Ziele bestätigen?

- Im Einzelnen: Werden die *gleichen Zielgruppen* angesprochen und ähnliche Instrumente eingeführt? Kommt es zu einem *ähnlichen Wandel von Steuerungsformen*, der als Verlagerung bislang staatlicher Aufgaben beschrieben werden kann? Gehen diese Verlagerungen in den verschiedenen Ländern gleichermaßen mit umgekehrten Aufgabenverlagerungen *'zum Staat hin'* einher? Werden Formen politikfeldübergreifender Koordination von AMP und Familienpolitik bzw. von AMP und der Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung verändert bzw. ausgebaut?

Bereits bei der Beschreibung des wohlfahrtsstaatlichen Wandels wird das Nebeneinander von konvergenten und divergenten Entwicklungen im Ländervergleich erwartet. So beinhaltet die neue *Zielsetzung* in der AMP generell eine Erweiterung der Arbeitsmarktteilhabe. Dabei könnte es entsprechend dem jeweiligen Typus von Wohlfahrtsstaatlichkeit allerdings deutliche nationale Unterschiede hinsichtlich der Zielgruppen geben: Eine universelle Ausrichtung zielt auf alle Arbeitsbürger, einschließlich aller Mütter; eine liberal-selektive auf alle, die Transferleistungen beziehen, also Arbeitslose, Alleinerziehende usw.; ein konservativ-traditioneller Zuschnitt läuft darauf hinaus, selektiv bestimmte Gruppen wie Mütter vom 'Arbeitszwang' freizustellen, selbst wenn sie Transferleistungen beziehen.

Auch bei der *Veränderung von Steuerungsformen* 'innerhalb' der AMP ist Konvergenz und auch Divergenz zu erwarten. So finden überall Reformprozesse statt, die als Wandel *vom Status zum geregelten Kontrakt* (vgl. Streeck 1988) bezeichnet werden können, und die zwei Aspekte beinhalten:

Erstens werden mit der Betonung der *Eigenverantwortung* de facto vormalig staatliche Aufgaben auf das Individuum verlagert. An die Stelle der *Fürsorge* tritt – im Rahmen eines sozialstaatlichen Paradigmenwechsels – eine Art *Kooperationsbeziehung* zwischen staatlichen Akteuren und Klienten.⁷ Der Bezug von (Transfer-) Leistungen wird damit von einer zusätzlichen Voraussetzung abhängig gemacht, der Ko-Produktion des Klienten (Olk 2000). Leistungen werden nun nicht mehr qua Status als Rechtsanspruch allein wegen der Mitgliedschaft, etwa in der Arbeitslosenversicherung, gewährt. Transfers werden vielmehr abhängig davon, ob und wie der individuelle Kontrakt erfüllt wurde. Bislang staatliche Verantwortung verlagert sich damit in Richtung 'Selbstverantwortung des Individuums' (horizontale Verlagerung).

Zweitens werden die Reformen der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in der Arbeitsverwaltung oder durch die Maßnahmeträger, die sich auf mehr Wettbewerb, die Beachtung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsstandards beziehen, zunehmend in die Kontraktform gegossen. Dieser Prozeß wird vielfach von Aus-

⁷ Beispielhaft für die Kontraktform steht in Deutschland das Instrument des *Eingliederungsplans* im SGB III, der den Vorbildern des *individuellen Aktionsplans* in Dänemark und dem *Jobseeker's Agreement* in Großbritannien nachempfunden wurde (vgl. Dingeldey 1998: 33; Sell 1998: 541; Clausen 2000: 94).

gründungen begleitet. Damit finden also Prozesse der Ökonomisierung bzw. Privatisierung und teilweise auch der Dezentralisierung⁸ statt (Heinze u.a. 1997: 260f.), die als Verlagerungen von Staatlichkeit sowohl auf der Achse 'Staat versus Markt' als auch auf der Achse 'lokal versus global' interpretiert werden können. Der Umfang der jeweiligen Verlagerung dürfte national unterschiedlich ausfallen.

So können vor allem im Rahmen von *welfare to work* -Programmen Elemente des (Arbeits-)Zwangs mehr oder weniger stark betont bzw. Optionen von bislang arbeitsmarktfernen Gruppen für die Arbeitsmarktteilhabe erweitert werden. In diesem Sinne muß es als offen angesehen werden, ob die arbeitsmarktpolitischen Reformen mit dem Ziel der *employability* letztlich (primär) als Etikett für eine Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen und für *workfare* genutzt, oder ob staatliche Gewährleistungsaufgaben für infrastrukturelle und bildungspolitische Angebote erweitert werden. Damit werden aber insbesondere Voraussetzungen, die durch die Familienpolitik oder die Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung gesteuert werden, relevant, wie beispielsweise die Erweiterung des *außerfamilialen* Angebots der Kinderbetreuung oder aber die Arbeitsmarktchancen erweiternden beruflichen Bildungsmaßnahmen. Dann muß aber die AMP abgestimmt werden mit Maßnahmen und Trägern von Leistungen aus anderen Politikfeldern und/oder zwischen föderaler, kommunaler oder betrieblicher Ebene. Diese Prozesse sind bislang kaum untersucht worden.

Zu erwarten ist also, daß die Sektoralisierung von Politikfeldern zugunsten 'interdisziplinärer' Kooperation partiell gelockert wird. So sollen neue Formen der Koordination etabliert und ggf. kontraproduktive, unbeabsichtigte Nebenwirkungen des traditionellen Nebeneinanders ressortspezifischer Politiken vermieden werden.⁹ Eine in diesem Sinne politikfeldübergreifende Koordination wäre als *reflexive Steuerung im Sinne institutionellen Lernens* (s. oben insbes. in und zu Fn. 3) anzusehen. Eine *Rückkopplung* in den politischen Prozess würde dann nicht nur eine Regulierung des *social contract*, sondern auch des *gender contract* beinhalten (vgl. dazu O'Reilly/Spee 1998), und damit die etablierte Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt und Familie möglicherweise maßgeblich verändern (Lewis 2000). Die er-

⁸ Dezentralisierungsprozesse finden auch unabhängig vom Kontraktmanagement statt: So hat in Deutschland das SGB III den Handlungsspielraum der lokalen Arbeitsämter beim regional angepassten Einsatz von Haushaltsmitteln erweitert (vgl. Sell 1998: 541) und so konnten kommunale oder gemeinnützig organisierte Beschäftigungsgesellschaften eingerichtet werden (Voges u.a. 2000). In Dänemark wurde die Zuständigkeit für die Sozialhilfeverwaltung und das Recht Leistungsempfänger zu aktivieren durch den *Act on Municipal Activation* auf die Kommunen übertragen (Cox 1998b: 494).

⁹ Ein jüngstes Beispiel dafür bietet in der Bundesrepublik Deutschland die Einrichtung einer interministeriellen Steuerungsgruppe *Gender-Mainstreaming* (www.bmfsj.de/dokumente/Termin/ix_277-79.htm, Stand 5.07.01). In Dänemark wurde 1988 das interministerielle Komitee zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern gegründet. Die dänischen Familienleistungen (Transfers und soziale Dienste) sind bereits überwiegend kommunal nach dem *one-shop-system* organisiert (vgl. Wendt 1998: 105f.).

folgreiche Umsetzung entsprechend anspruchsvoller Steuerungsvorhaben dürfte sich dann nicht in Verlagerungen 'weg vom Staat' erschöpfen. Sie würde vielmehr als qualitative Veränderung von Staatlichkeit oder gar als Erweiterung der Koordinationsaufgaben des Staates zu interpretieren sein. Damit dürften aber auch die potentiell unterschiedlichen Voraussetzungen von Steuerungsfähigkeit in den verschiedenen Wohlfahrtsstaaten relevant werden.

*Zur Erklärung der Ursachen unterschiedlicher Steuerungsfähigkeit
beim Wandel des sozialen Interventionsstaates*

- Welchen Einfluss haben unterschiedliche nationale Ausgangsbedingungen auf die Veränderung von Steuerungsformen in der AMP bzw. das Erreichen von *employability*, insbesondere für Mütter?
- Im Einzelnen: Wie wirken sich der situative Kontext, die institutionellen Rahmenbedingungen, die Akteurskonstellationen bzw. die Handlungsorientierungen der Akteure auf die Veränderung von Steuerungsformen aus?

Generell gilt auch für die aktivierende AMP, daß der jeweilige nationale institutionelle Kontext (Regierungssystem, Sozialstaat, die Regulierung der Arbeitsmärkte insbesondere im Dienstleistungssektor und die spezifischen Institutionen in der AMP, sowie die funktionalen Organisationsdifferenzierungen der relevanten Politikfelder) die Steuerungsfähigkeit maßgeblich beeinflusst.¹⁰

Zudem dürften auch die regimespezifischen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, so der jeweils institutionalisierte *social contract*, in gewissem Umfang, gewissermaßen *path dependent*, eigentümliche Reformrestriktionen oder -optionen wie auch spezifische Problemkonstellationen schaffen (Hemerijck/van Kersbergen 1999: 172).¹¹ Ferner dürfte – und das betrifft die Relevanz des *gender contract* – in Wohlfahrtsstaaten, deren Institutionen am *individual adult worker model* ausgerichtet sind und in denen die Arbeitsmarktintegration von Müttern ohnehin schon weit fortgeschritten ist, der Anpassungsbedarf insgesamt geringer ausfallen als in Wohlfahrtsstaaten, die sich stark am Alleinernährermodell orientieren (Esping-Andersen 1999). So dürfte auch eine mehr oder weniger einheitliche Orientierung der relevanten kollektiven und individuellen Akteure am egalitären Modell die Koordination von Maßnahmen zur Beschäftigungsfähigkeit von Müttern erleichtern, während

¹⁰ So ist anzunehmen, daß Einparteien-Regierungen in zentralistischen Regierungssystemen grundlegendere Reformen anstreben und durchsetzen können als dies Koalitionsregierungen möglich ist. Zudem dürften föderale bzw. fragmentierte Systeme über eine geringere Steuerungsfähigkeit verfügen (Scharpf 1985).

¹¹ In liberalen Wohlfahrtsstaaten mit eher bedürftigkeitsgeprüften Leistungen ist der Rückbau des Sozialstaates bzw. sind Prozesse der Privatisierung oder Vermarktlichung wie auch der Erhöhung des Arbeitszwanges ('Steigerung der Selbstverantwortung der Individuen') am ehesten möglich. Konservative bzw. lohnarbeitszentrierte Sozialstaaten wiederum dürften wegen ihrer hohen Lohnnebenkosten stärkerem Anpassungsdruck ausgesetzt sein als es universalistische Wohlfahrtsstaaten sind (Vobruba 2001: 94ff.).

das (partielle) Festhalten am Alleinernährermodell diese behindert (Dingeldey 2002).

Vor diesem Hintergrund ist schließlich zu erwarten, daß der am Beispiel der aktivierenden AMP aufgezeigte Wandel der Sozialstaatlichkeit in unterschiedlich starkem Maße mit dem Rückbau des Sozialstaates und in der Folge auch mit unterschiedlich starken sozialen Differenzierungsprozessen einhergeht.

Zu den sozialen und institutionellen Folgen der employability-Strategien

- Führt der Politikwandel zu neuen sozialen Ungleichheiten? Stoßen sozialstrukturelle Polarisierungen Rückkopplungen im *policy*-Prozeß und damit *institutional learning* an?
- Im Einzelnen: Entlang welcher Muster vollziehen sich soziale Polarisierung oder Angleichung? Welche institutionell bedingten Strukturierungseffekte gehen von Mutter- bzw. Elternschaft und von Bildung in den verschiedenen Ländern aus und wie werden sie durch die neue AMP verändert?

Die Realisierung von *employability*-Strategien lässt neue Formen sozialer Ausgrenzung für diejenigen Gruppen erwarten, die nicht zu mehr oder weniger kontinuierlicher oder vollzeitlicher Arbeitsmarktteilhabe fähig sind, also überwiegend Mütter bzw. Eltern oder auch Geringqualifizierte. Die Beschäftigungsfähigkeit dieser Gruppen dürfte also maßgeblich von der ökologischen oder pädagogischen Flankierung der neuen AMP abhängen. Die Privatisierung bzw. Vermarktlichung des Dienstleistungsangebots im Rahmen der AMP und der Bildungspolitik, aber insbesondere auch im Infrastrukturbereich, könnte dabei Stratifizierungseffekte nach Einkommen noch verstärken.¹² Die Stärkung der Eigenverantwortung bzw. des Selbstmanagements kann soziale Ungleichheit entlang der individuellen Ausstattung mit kulturellem und sozialem Kapital verschärfen. Ferner dürften sich die Folgen der aktivierenden AMP darin unterscheiden, ob sie die im männlichen Ernährermodell angelegten und durch die Arbeitsmarktkrise verschärften Risiken der Verarmung von Familien mit Kindern verringern können. Der Erfolg von *employability*-Strategien wird legitimatorisch wie praktisch auch daran zu messen sein, inwieweit Haushalte mit Kindern Sozialstaatsklientel bleiben.

Aufgrund der Dynamik von Arbeitsmarktprozessen, der Komplexität der Interdependenz verschiedener Politikfelder und der Einführung neuer Steuerungsformen ist nicht zu erwarten, daß die angestrebten Reformen der AMP unmittelbar erfolgreich sein werden bzw. mit De-Stratifizierungseffekten einhergehen. Zentral erscheint daher, ob eine Reflexion der (Folge-)Probleme durch die politischen Akteure erfolgt, die möglicherweise eine erste Welle der Re-Regulierung von Programmen und Maßnahmen zur Folge hat. Es muß also untersucht werden, ob mögliche sozialstrukturelle Polarisierungen wiederum zum Ausgangspunkt für die Re-

¹² Ob dies auch für Instrumente gilt, welche den Zugang rationieren, wie z.B. Gutscheinsysteme für Kinderbetreuung oder auch Bildungsleistungen, dürfte von deren spezifischer Ausgestaltung abhängen (Kreyenfeld/Wagner 2000).

Regulierung der jeweiligen Programme werden (Skocpol/Amenta 1986; Pierson 1993). Die Rückkopplung von *policy impacts* ist daher als eine weitere Form reflexiver Steuerung im Sinne eines *policy learning* zu sehen (s. oben insbes. Fn. 3). Dies könnte einen weiteren Aspekt der Veränderung moderner Sozialstaatlichkeit bilden (Leisering 1999).

3.5.2 Untersuchungsmethode

Methodische Vorgehensweise

Methodisch wird sich die Untersuchung wesentlich auf vergleichende *qualitative Querschnittanalysen* stützen. Dabei wird die Analyse der länderspezifischen Ausrichtung und Realisierung der AMP und ihrer Koordination mit anderen Politikfeldern in den ersten beiden Phasen zunächst über die Auswertung von Dokumenten (Gesetze, Regierungsverlautbarungen, usf.) sowie Sekundäranalysen (z.B. zur Verwaltungsreform, zum Entscheidungs- und Implementationsprozess sowie zum *policy impact* von arbeitsmarkt-, familien- und bildungspolitischen Programmen) erfolgen.

Darüber hinaus sollen *Expertengespräche* mit politisch Verantwortlichen in der AMP, der Familien- sowie der Bildungspolitik, aber auch mit Verbandsvertretern geführt werden, um insbesondere politikfeldübergreifende Abstimmungs- und Koordinationsverfahren im Gesetzgebungsprozess zu analysieren. Ferner sollen auf verschiedenen Implementationsebenen Vertreter der Arbeitsverwaltung, kommunale bzw. lokale Akteure der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik sowie (private) Maßnahmenträger in beiden Politikbereichen befragt werden, um Formen der horizontalen und vertikalen Koordination bei der Politikimplementierung analysieren zu können. Insoweit werden sich die Interviews in jedem Land auf eine Großstadt konzentrieren, die noch auszuwählen sein wird.

Ergänzt wird das qualitative Design überwiegend in der dritten Phase durch *quantitative* Analysen zur Arbeitsmarktstrukturierung, zur Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und zu gruppenspezifischen sozialen Lagen (Haushalts- und Individualdaten), die zum Teil als Sonderauswertungen vorhandener Panel- und Querschnittsdaten, zum Teil jedoch auch sekundäranalytisch erschlossen werden können.

Dabei werden – entsprechend der sogleich näher zu begründenden Länderauswahl – folgende länderspezifische Datensätze berücksichtigt:

- *Dänemark*: Denmark's Statistics (Arbeitsmarktdaten), IDA-Panel von Danish Statistics;
- *Deutschland*: Das Sozioökonomische Panel (SOEP) und die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit;
- *Großbritannien*: British Household Panel Survey (BHPS) und Labour Force Survey (LFS).

Als vergleichende Datensätze werden der Eurostat Labour Force Survey (Eurostat-LFS), das Europäische Household Panel (ECHP) sowie die OECD Education Database (z.T. publiziert in OECD 2001) für Sonderauswertungen herangezogen.

Länderauswahl

Mit der Auswahl der Länder *Deutschland*, *Dänemark* und *Großbritannien* werden – in Typen von Wohlfahrtsstaatlichkeit gedacht – *most divergent cases* ausgewählt. Esping-Andersen (1990) ordnet sie dem konservativ-korporatistischen, dem sozialdemokratischen und dem liberalen Wohlfahrtsstaatsmodell zu. Damit eng verbunden sind unterschiedliche Arbeitsmarktregime und *gender contracts*. Zudem unterscheiden sich die jeweiligen Regierungssysteme in den institutionellen *veto points* (siehe Tabelle 1). So könnte als Wandel der Sozialstaatlichkeit – auch über die Grenzen unterschiedlich verfaßter Wohlfahrtsstaaten hinweg – ein möglicher konvergenter Paradigmenwechsel in der AMP seit Anfang der 1990er Jahre nachgewiesen werden. Auch kann geprüft werden, ob diese in der Wohlfahrtsstaatsdimension unterschiedlichen Typen des DRIS auf unterschiedliche Grade staatlicher Steuerungsfähigkeit hinauslaufen bzw. jeweils andere Voraussetzungen für den Wandel von Staatlichkeit beinhalten.

Mit *Deutschland* wird ein Fall gewählt, bei dem starke Reformrestriktionen greifen bzw. eine verzögerte Anpassung an neue Steuerungserfordernisse zu erwarten ist. So fand die Wende hin zu aktivierenden Elementen in der AMP vergleichsweise spät statt (mit der AFG-Reform von 1998 bzw. dem Job-Aktiv-Gesetz von 2001), und auch die Reform der Arbeitsverwaltung (so die Reform der Bundesanstalt für Arbeit) steht noch am Anfang. Will man hier eine Beschäftigungsfähigkeit von Müttern sicher stellen, so sind vergleichsweise weitreichende Reformen erforderlich, denn der bestehende arbeitsmarkt- und sozialpolitische Regulierungskomplex ist über ein stark ausgeprägtes *männliches Ernährermodell* koordiniert (Hinrichs 1996; Holst/Maier 1998). Die Analyse dieses Fallbeispiels dürfte sich daher als Analyse jüngster Reformen bzw. als Defizitanalyse darstellen. Zudem strukturiert der Föderalismus die Reformen in der Sozialpolitik (insbesondere soziale Dienste) wie in der Bildungspolitik und erschwert die Möglichkeiten zu horizontaler und vertikaler Koordination. In Folge der deutschen Wiedervereinigung kommen besondere, situativ bedingte Restriktionen hinzu, so bei der Belastung öffentlicher Haushalte und einer spezifisch regional geprägten Struktur der Arbeitsmarktkrise.

Tabelle 1: Institutionelle Bedingungen sozialstaatlicher Steuerungsfähigkeit

	Deutschland	Dänemark	Großbritannien
(angenommene) Steuerungsfähigkeit	Gering	Hoch	Mittel
Typus von Wohlfahrtsstaatlichkeit	Konservativ-korporatistisch Versicherungsprinzip, beitragsfinanziert	Sozialdemokratisch Universalismus, steuerfinanziert	Liberal Residual/universalistisch, Mischfinanzierung
Institutionalisierter gender contract	Starkes männliches ErnährermodeLL*	Zweiverdienermodell, individualisiert	Männliches ErnährermodeLL im Wandel
Regierungssystem	Koalitionsregierungen Föderal	Überwiegend starke Minderheitsregierung Zentralistisch, starke kommunale Ebene	Majoritär Zentralistisch, jüngst Regionalisierung
Regulierung der Industrie-Beschäftigung	Normalarbeitsverhältnis, Statushierarchie <i>high quality/high wage</i>	Hohe Flexibilität bei starker sozialstaatlicher Absicherung <i>high quality/high wage</i>	Hohe Flexibilität bei geringer staatlicher Sicherung, extreme Statusheterogenität <i>low quality/low wage</i>
Tertiarisierungsgrad*	62,2 %	69,5 %	71,4 %
Häufigste Erwerbsmuster von Eltern	Ca. Gleichgewicht von männlichem ErnährermodeLL, Vollzeit/Teilzeit und beide Vollzeit**	Zweiverdiener: überwiegend beide Vollzeit	Zweiverdiener: überwiegend Vollzeit/(kurze) Teilzeit

Anmerkungen: * Nach Beschäftigtenzahl in Sektoren; Klassifizierung nach Elfring (OECD 2000: 122). ** Für Deutschland ist zu berücksichtigen, daß die am männlichen ErnährermodeLL orientierten Institutionen Westdeutschlands erst nach der Wende weitgehend auf Ostdeutschland übertragen wurden (nur Kinderbetreuung ist z.T. noch besser ausgebaut). In den Erwerbsmustern spiegelt sich gleichwohl noch die hohe Vollzeitorientierung der Mütter in Ostdeutschland.

Quellen: Aust/Bieling (1996), Dingeldey (2001), Esping-Andersen (1990), Green-Pedersen (2001), Lewis/Ostner (1994) (= Ostner/Lewis 1995), Rake (2001); Sainsbury (1996), Soskice (1999) und Wood (2001).

Für *Dänemark* werden die Steuerungsfähigkeit allgemein wie auch die Bedingungen für das Erreichen der Beschäftigungsfähigkeit von Müttern positiv eingeschätzt. Die Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe ist hier bereits weit fortgeschritten. Gesellschaftliches und geschlechterpolitisches Leitbild ist das *individualised adult worker model*, das sich politikfeldübergreifend in der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Regulierung wie im Ausbau sozialer Dienstleistungsangebote, also einem bereits weit ausgebauten Kinderbetreuungsangebot, niederschlägt. Zudem ist das steuerungspolitische Instrumentarium des Wohlfahrtsstaates sehr weit entwickelt, was sich u.a. in der weitgehenden Einbeziehung der Sozialpartner in die Entscheidungsfindung über und die Umsetzung von arbeitsmarktpolitische(n) Maßnahmen und allgemein im *power sharing* und *institutional coalition building* ausdrückt (Torfing 1999: 383). Im Zuge aktivierender AMP wurde jedoch vor

allem der Arbeitsmarkturlaub überproportional von Frauen/Müttern in Anspruch genommen (Jensen 2002), was zu einer temporären De-Aktivierung von Frauen beitrug. Ob dies vor dem Hintergrund der bereits hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in Dänemark eine Art *growth to limits* markiert, oder ob dies auf die auch hier bestehenden partiellen Engpässe in der Kinderbetreuung zurückzuführen ist, und welche Folgen dies für die AMP hat, ist zu klären.

Für *Großbritannien* muß noch offen bleiben, ob verschiedene parallel verlaufende Reformen zu überkomplexen Strukturen geführt haben, oder ob es sich um eine (erfolgreiche) politikfeldübergreifende Koordination handelt. Das von *New Labour* eingeführte arbeitsmarktpolitische Programm *New Deal* deutet in vielfacher Hinsicht auf einen Pfadwechsel hin: Die dabei angestrebte Arbeitsmarktintegration auch der alleinerziehenden Mütter, die staatliche Transfers erhalten, steht für eine selektive Abkehr vom männlichen Ernährermodell. Die Qualifizierung der britischen Arbeitnehmerschaft, die Tony Blair bei seinem Regierungsantritt als Ziel propagierte, verspricht Reformen, durch die die bislang verfolgte *low wage/low skill* Produktionsstrategie überwunden werden soll. Die Koordination von Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik im *Working Family Tax Credit*, einer negativen Einkommensteuer, weist zudem auf eine Verschiebung von Ressortgrenzen hin. Und die ergänzend zum *New Deal* eingeführte *National Child Care Strategy* deutet das Entstehen einer politikfeldübergreifenden Koordination an. Dabei bleibt jedoch unklar, wie sich die parallel verlaufenden Prozesse der Verfassungsreform, die zu einer Regionalisierung der Kompetenzen in der Bildungs-, Steuer- und Gesundheitspolitik für Schottland und Wales führten, also in Richtung *multi level governance* weisen, oder wie sich die Kommunalreform auswirken (Rhodes 2000; Newman 2001: 72). Der geringe Institutionalierungsgrad des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums, einschließlich der beruflichen Aus- bzw. Weiterbildung, und der geringe Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten in Folge des liberalen Wohlfahrtsstaats- und Arbeitsmarktregimes könnten zudem steuerpolitische Restriktionen für die Ziele aktivierender AMP bilden (Dean/Shah 2002).

Ausgehend von der AMP lässt diese Länderauswahl damit eine Analyse der Veränderung von Steuerungsformen in verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen, institutionellen Kontexten und Entwicklungsstadien zu. Die anhand des Untersuchungsbeispiels zu beobachtenden Prozesse der Staatsentlastung in Richtung Markt, Familie und Individuum oder in Richtung subnationaler Ebenen sowie möglicherweise umgekehrt verlaufende Aufgabenverschiebungen 'zum Staat hin' sollten eine umfassende Prüfung der im Dach formulierten Hypothesen zum Wandel von (Sozial-)Staatlichkeit ermöglichen.

Exkurs: Kooperationspartner

Folgende Kooperationsbeziehungen bestehen (*) oder sollen angebahnt werden:

Großbritannien

- *London School of Economics*: Prof. David Marsden, Department of Industrial Relations (berufliche Bildung); Dr. Catherine Hakim, Department of Sociology (Arbeitsmarktstrukturierung, Teilzeitarbeit)
- *University of Oxford*: Prof. Jane Lewis*, Department of Social Policy and Social Work (*gender contract* und Familienpolitik)

Zur Klärung von Fragen zur Implementation einzelner Programme bzw. Reformen wollen wir folgende Experten kontaktieren:

- *University of Luton*: Prof. Hartley Dean, Department of Applied Social Studies (Leiter eines Projekts zur Evaluation des *New Deal*)
- *University of Newcastle-upon-Tyne*: Prof. Rod Rhodes, Department of Politics (früherer *Director of the Economic and Social Research Council's Whitehall Programme* zur Verwaltungsreform und Experte für das englische Regierungssystem)

Dänemark

- *University of Copenhagen*: Prof. Kongshoj Madsen*, Associate Professor in Economic Policy, Department of Political Sciences (Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik)
- *University of Aarhus*: Prof. Anette Borchorst, Department of Political Science (*gender contract*)

Zu besonderen Implementationsfragen der dänischen AMP sowie zu den Arbeitsmarkt- und Erwerbsdaten wollen wir mit folgenden Experten kooperieren (Eurostat-Daten beinhalten leider keine Angaben zu Dänemark):

- *University of Aalborg*: Prof. Per Jensen*, Department of Economics, Politics and Public Administration (Forschungsschwerpunkt: *sabbaticals*)
- *The Danish National Institute of Social Research, Copenhagen*: Dr. Jens Bonke* (quantitative Analysen zum Wandel familialer Erwerbsmuster).

Deutschland:

- *Wissenschaftszentrum Berlin*: Prof. Günther Schmid*, Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Dr. Jaqueline O'Reilly*, ebenda (beides Arbeitsmarktexperten mit Berücksichtigung der *gender*-Perspektive)
- *Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung (MPI) in Köln*: Prof. Fritz W. Scharpf, Direktor (Steuerungstheorie und politischer Institutionalismus)

Vor allem für den spezifischen Datenzugang im Bereich der Familien- und Bildungspolitik wie auch im Bereich der Erwerbsmuster und der Kinderbetreuung wollen wir mit folgenden Experten kooperieren:

- *Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung*: Prof. Walter Müller (Bildungspolitik im europäischen Vergleich), Dr. Thomas Bahle* (Familienpolitik im europäischen Vergleich)
- *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin*: Prof. Gert Wagner (Leiter des Sozioökonomischen Panels und Spezialist für Daten zur Kinderbetreuung in Deutschland)

Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von den 1970er Jahren bis zur Gegenwart. Die 1970er und 1980er Jahre werden sekundäranalytisch und retrospektiv einbezogen. Die Analyse länderspezifischer Problemkonstellationen sowie der Erfolge der Reformprogramme in diesem Zeitraum dient primär dazu, die jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen und Ausgangskonstellationen für die Reformen der 1990er Jahre zu erklären und einen endogenen Bezugspunkt für den Sozialstaatswandel zu markieren. Entsprechend der Fragestellung sind dann vor allem die in den drei Ländern eingeleiteten (und möglicherweise erneut reformiert werden) arbeitsmarktpolitischen Programme der 1990er Jahre bis ca. 2006 (2010) wesentlicher Untersuchungsgegenstand. Für die Analyse der sozialen Folgen wird ein möglichst spätliegender Zeitpunkt (ab 2011) ins Auge gefasst; nur bei einem so spät liegenden Zeitpunkt kann angenommen werden, daß die neuen arbeitsmarktpolitischen Regulierungen bereits greifen.

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Die Phasen (Überblick)

Das geplante Projekt fokussiert auf die Darstellung und Analyse der aktivierenden AMP sowie ihre Koordination mit zwei weiteren, jeweils äußerst komplex gestalteten Politikfeldern. Um dabei eine detaillierte und anspruchsvolle Analyse zu ermöglichen, werden Darstellung und Ursachen der länderspezifischen AMP und ihrer Koordination mit der Familien- bzw. der beruflichen Aus- und Weiterbildungspolitik auf jeweils die erste und die zweite Phase des Sfb verteilt.

Die *erste Phase* des Teilprojektes wird auf die Beschreibung und Analyse der Reformen der *Arbeitsmarktpolitik* sowie deren Koordination mit der *Familienpolitik* konzentriert. Dabei sollen Ursachen bzw. Triebkräfte für den Wandel, aber auch Hemmnisse für die Entwicklung und den Erfolg neuer Steuerungsformen analysiert werden. Wegen des Querschnittcharakters der Familienpolitik und der ausgeprägten Heterogenität dieses Politikfeldes – was Traditionen, Instrumente und Träger der jeweiligen Dienstleistungen angeht – bildet der Ländervergleich eine besondere Herausforderung. Als *Ergebnisse* der ersten Phase sind ein deutsch/britischer und

ein deutsch/dänischer Vergleich sowie ein synthetisierender Vergleich der drei Länder mit dem Schwerpunkt AMP und Familienpolitik zu erwarten.¹³

Die *zweite Phase* wird auf die Beschreibung und Analyse der Koordination von *Arbeitsmarkt- und beruflicher Aus- und Weiterbildungspolitik* fokussiert. Bei diesem Politikbereich handelt es sich um ein in der klassischen Sozialpolitikforschung bisher kaum erforschtes und hochkomplexes Terrain. Berufliches wie allgemeines Bildungswesen sind länderspezifisch höchst unterschiedlich und auch innerhalb eines Staatswesens heterogen reguliert (bedingt durch Föderalismus und/oder Kommunalisierung eines Teils der schulischen wie der beruflichen Bildung), sowie – nicht zuletzt in Folge der europaweiten PISA-Studie – in einzelnen Ländern starkem Reformdruck ausgesetzt. Zugleich sind in diesem Feld die Handlungskompetenzen zwischen staatlichen, betrieblichen und gemeinnützigen Akteuren bereits in der Ausgangslage unterschiedlich verteilt und werden mit der Transformation sozialstaatlicher Regime noch einmal neu zugeschnitten (werden). Dabei spielen nicht zuletzt Veränderungen von Staatlichkeit in Richtung Privatisierung einschließlich veränderter Steuerungsformen, etwa in Form von Bildungsgutscheinen, eine Rolle. Hier erscheint ein besonderer Forschungsinput notwendig. Als *Ergebnisse* der zweiten Phase sind wiederum ein deutsch/britischer und deutsch/dänischer Vergleich sowie ein synthetisierender Vergleich aller drei Länder mit dem Schwerpunkt AMP und Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu erwarten.

In der dritten Phase wird der Schwerpunkt auf der Untersuchung der *sozialen Folgen* von arbeitsmarktpolitischer Neuorientierung und ihrer Rückkopplung auf den *policy*-Prozess liegen. Dabei geht es zunächst darum, die zielgruppenorientierte Inanspruchnahme arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie die *Nachhaltigkeit* und das Existenzsicherungspotential der politisch gestützten Beschäftigungsfähigkeit zu evaluieren. Untersucht werden soll, inwieweit es gruppenspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme gibt, und ob sich mit Blick auf die Ausrichtung von *employability*-Strategien (*Zwang* versus *Befähigung*, spezifischer Mix) wie auch ihre Kontextualisierung (Ausbau der ökologischen, also infrastrukturellen Voraussetzungen) besondere Bedingungskonstellationen für erfolgreiche Teilnahme oder für Ausgrenzung ausmachen lassen. Ferner wird untersucht, inwiefern möglicherweise nicht intendierte soziale Folgen bzw. Polarisierungen wiederum zum Ausgangspunkt für eine Re-Regulierung arbeitsmarktpolitischer Programme bzw. ihrer Kontextualisierung werden. Analysiert werden soll, ob und unter welchen Umständen die *Folgen politischer Intervention selbst im politischen Prozess reflektiert* werden.

Des weiteren sind für die dritte Phase synergetisch vergleichende Analysen der drei untersuchten Länder sowie der beiden als Kontext von AMP analysierten Poli-

¹³ Die Zwei-Länder-Vergleiche sollen als Qualifikationsarbeiten (Dissertationen) der beiden ProjektmitarbeiterInnen vorgelegt werden. Der synthetisierende Dreiländervergleich wird von der Projektleiterin Irene Dingeldey durchgeführt.

tikfelder geplant, also von Familien- und beruflicher Aus- und Weiterbildungspolitik. Als abschließendes *Ergebnis* ist eine Monographie über *Coordinated Changes of the Welfare State? Employability Policies in Comparative Perspective* beabsichtigt, die bei einem englischsprachigen Universitätsverlag erscheinen soll.

Arbeitsschritte für Phase I

1. Nachgezeichnet werden für jedes der drei Länder die spezifischen institutionellen Ausgangsbedingungen, die sich in Folge der historischen Entwicklung des Regierungssystems und der Sozialstaatlichkeit einschließlich der Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik bis Anfang der 1990er Jahre (z.B. *Thatcherismus* oder auch deutsche Vereinigung) als Ausgangslage für das Einsetzen aktivierender Arbeitsmarktpolitik ergeben haben. Diese Bestimmung der Ausgangslage dient als Meßlatte für einen etwaigen späteren Wandel. **2.** Die Programme der aktivierenden AMP werden, abgegrenzt gegenüber vorangegangener AMP, programmatisch und auch hinsichtlich ihrer anvisierten Steuerungsformen typisiert, um länderspezifische Unterschiede in Zielgruppen, Instrumenten usw. herauszuarbeiten. **3.** Dann wird die Umsetzung der Ziele analysiert, wobei insbesondere Verlagerungen auf der Achse 'lokal versus global' und 'Markt versus Staat' sowie die politikfeldübergreifende Koordination mit der Familienpolitik betrachtet werden. **4.** Anschließend werden die Ursachen für die Steuerungsfähigkeit und auch für die Steuerungsrestriktionen in den einzelnen Ländern analysiert, und zwar vor dem Hintergrund des Einflusses nationaler und politikfeldspezifischer Institutionen, früherer *policies*, unterschiedlicher *gender contracts* sowie der Strategien relevanter Akteure. **5.** Schließlich wird die Frage nach der Konvergenz oder der Divergenz von Steuerungsformen sowie ihrem Erfolg in der AMP und der Familienpolitik anhand der länderspezifischen Entwicklungen und ihrer Ursachen zusammenfassend beantwortet. In Verbindung mit diesem Arbeitsschritt sollen schließlich die geplanten Publikationen abschließend bearbeitet werden.

Zeitplan für Phase I

Daraus ergibt sich folgende schematische Arbeitsabfolge in den ersten vier Jahren:

Arbeitsschritte	2003	2004	2005	2006
Analyse der Entwicklung der spezifischen Ausgangslagen in der AMP bis Anfang der 1990er Jahre				
Vergleich der angestrebten Ziele, Maßnahmen und Steuerungsformen aktivierender AMP				
Analyse der Verlagerungen auf den Achsen 'Markt vs Staat' und 'lokal vs. global' bzw. politikfeldübergreifende Koordination mit Familienpolitik				
Erklärung der Ursachen für Steuerungsfähigkeit oder entsprechende Restriktionen im Bereich AMP und Familienpolitik				
Bilanz des Wandels als konvergente oder divergente Entwicklung und abschließende Bearbeitung der Publikationen				

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojekts

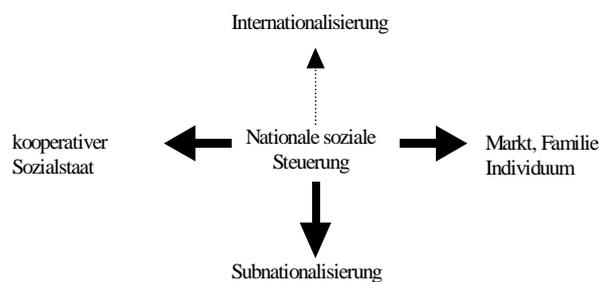
Das Teilprojekt beschäftigt sich mit dem Wandel der Wohlfahrtsdimension von Staatlichkeit. Exemplarisch untersucht werden aktivierende Arbeitsmarktpolitiken, die auf *employability* zielen, sowie der damit verbundene Wandel von Steuerungsformen. In Anlehnung an das Dach des Sfb können die entsprechenden Veränderungen entlang von zwei Achsen beschrieben werden (vgl. Abb. 1).

Verlagerungen auf der Achse 'lokal versus global' erwarten wir als Subnationalisierung durch die im Zuge der Verwaltungsreformen erfolgende Dezentralisierung von arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Aufgaben und Kompetenzen. Als eine Form der Internationalisierung wird die Vereinheitlichung des *employability-Ziels* und entsprechender Programme u.a. aufgrund der Propagierung dieses Ziels durch die EU gesehen. Aufgabenverlagerungen in Richtung der internationalen Ebene, z.B. auf die EU, werden dagegen für die Arbeitsmarktpolitik als unwesentlich eingeschätzt.

Verlagerungen auf der Achse 'Markt versus Staat' ergeben sich zunächst über die im Kontraktmanagement der Arbeitsverwaltung angelegten Prozesse der *Privatisierung* bzw. *Vermarktlichung* von bislang öffentlich erbrachten Dienstleistungen, z.B. bei der Arbeitsvermittlung, aber auch bei der Durchführung von Maßnahmen. Ferner ist hier der den *employability*-Strategien innewohnende Rekurs auf die Stei-

gerung der 'Selbstverantwortung der Individuen' sowie auf ihre 'Ko-Produzenten'-Rolle bei der Umsetzung von Maßnahmen als Form von Entstaatlichung anzuführen. Außerdem ist auch die zunehmende Verknüpfung von sozialer Sicherung mit Arbeitsmarktteilhabe als Ausdruck von Vermarktlichung zu sehen.

Abbildung 1: Die zwei Achsen interventionsstaatlichen Wandels



Des Weiteren erwarten wir im Rahmen der Umsetzung des *employability*-Ziels Verlagerungen 'zum Staat hin' bzw. Veränderungen 'im Staat' selbst. Dabei fokussieren wir primär auf die Erweiterung staatlicher Steuerungsanforderungen im Sinne politikfeldübergreifender Koordination. Dies beinhaltet sowohl *Veränderungen der* zwischen verschiedenen Politikfeldern bzw. verschiedenen Ministerien, Ministerialbürokratien oder den verschiedenen Wohlfahrtsverwaltungen auf unterschiedlichen Implementationsebenen, als auch die Koordination zwischen entsprechenden Organisationen und Akteuren. Ferner dürfte vor dem Hintergrund der politisch intendierten Erhöhung der Arbeitsmarktintegration von Frauen bzw. Müttern eine „Erweiterung“ der politischen Koordination hinsichtlich der Reproduktionsaufgaben stattfinden bzw. eine Reform der Koordination, die bisher über das männliche Ernährermodell erfolgte. Dabei ist eine Auslagerung von traditionell unmittelbar in der Familie erbrachten Dienstleistungen zu erwarten (*defamilialisation*), die zumindest staatlich koordiniert wird, wenn sie nicht sogar durch öffentliche Mittel (teil-)finanziert bzw. in öffentlicher Trägerschaft übernommen wird.

Bei der Bilanzierung des Wandels von Staatlichkeit sind für die in diesem Teilprojekt untersuchten Politikfelder damit verschiedene gegenläufige Trends relevant: Zunächst wird eine im Sinne des Daches einheitliche Tendenz der Verlagerung innerhalb der Interventionsdimension in Richtung Markt bzw. Familie und Individuum sowie in Richtung Subnationalisierung für die AMP erwartet, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung in den einzelnen Ländern. Ferner dürften allerdings wegen der Besonderheiten des hier untersuchten *employability*-Ziels Steuerungs- bzw. Koordinationsaufgaben 'zum Zentralstaat hin' verlagert werden und dort zunehmend anfallen. Die erfolgreiche Bewältigung entsprechender Steuerungsanforderungen dürfte jedoch in den untersuchten Ländern, wegen ihren unterschiedli-

chen Voraussetzungen, mit ganz ausgeprägten Divergenzen bei der Umsetzung – und damit auch in den sozialen Folgen – einhergehen.

Diese gegenläufigen Trends lassen sich zu folgender Arbeitshypothese zusammenfassen: *Die Nationalstaatlichkeit in der Wohlfahrtsdimension des DRIS bleibt grundsätzlich erhalten, wenngleich maßgebliche qualitative und strukturelle Veränderungen stattfinden. Ferner verringert sich auch der „Korridor“ in der Spannweite unterschiedlicher Wohlfahrtsregime zunächst nur bedingt.*

Synergieeffekte des Sfb werden für dieses Teilprojekt insbesondere in Kombination mit den Projekten C1, C3 und C4 erwartet. Die breite und z.T. quantitative Ausrichtung des Projektes C1 („Sozialpolitik in offenen Volkswirtschaften“) dürfte wesentliche Querschnittinformationen zur Veränderung des Finanzierungs- und Ausgabenvolumens durch wohlfahrtsstaatliche Reformen im allgemeinen und für Dänemark im besonderen bereitstellen. Umgekehrt dürften die hier im Teilprojekt C2 angestrebten Ergebnisse diejenigen zum qualitativen und strukturellen Wandel von Sozialstaatlichkeit in C1 („Sozialpolitik in offenen Volkswirtschaften“) sinnvoll ergänzen.

Erhebliche Synergieeffekte hinsichtlich der allgemeinen Veränderung von Steuerungsformen sind mit dem C3 Projekt („Gesundheitswesen“) zu erwarten. Die Kontrastierung verschiedener Politikfelder ermöglicht es, Generalisierungen der Befunde nicht nur im internationalen, sondern auch im intersektoralen Vergleich zu prüfen. Dies soll auf einem gemeinsamen Workshop diskutiert werden (siehe 3.8.2 unter h)).

Die Untersuchung der Internationalisierung des Bildungssektors mit Blick auf die Institutionen und *governance*-Formen der nationalen Bildungssysteme (sekundäre und tertiäre Bildung) im Teilprojekt C4 („Bildungspolitik“) ist komplementär zur Untersuchung der nationalen Aus- und Weiterbildungspolitik in dem Teilprojekt C2. Umgekehrt dürfte der in C2 angestrebte politikfeldübergreifende Fokus, die Betonung der *gender*-Dimension, sowie die Untersuchung der Auswirkungen der beruflichen Aus- und Weiterbildungssysteme auf die Strukturierung des Arbeitsmarkts das Teilprojekt C4 („Bildungspolitik“) wesentlich ergänzen können.

Ein Synergieeffekt mit dem Teilprojekt B1 („Wandel demokratischer Legitimation“) könnte darin liegen, zu sehen, ob die aktivierende Arbeitsmarktpolitik zum zentralen Gegenstand von Legitimationsauseinandersetzungen wird.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte der Antragsteller, die einen verwandten Zuschnitt haben, werden von der DFG und anderen Zuwendungsgebern nicht gefördert.

Literatur

- Allmendinger, Jutta (1999) „Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik“ *Soziale Welt* **50**:1 35-50
- Aust, Andreas (2000) „Dritter Weg‘ oder ‚Eurokeynesianismus‘? Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* **29**:3 269-283
- & Hans-Jürgen Bieling (1996) „Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Westeuropa - zwischen strategischer Konvergenz und institutioneller Vielfalt“ *Zeitschrift für Sozialreform* **42**:3 141-166
- Benz, Arthur (1994) *Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen* Baden-Baden: Nomos
- Blossfeld, Hans-Peter (1995) *The New Role of Women: Family Formation in Modern Societies* Boulder, CO: Westview Press
- & Catherine Hakim, Hg. (1997) *Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-Time in Europe and the United States of America* Oxford: Oxford University Press
- Bosch, Gerhard (2001a) „Konturen eines neuen Normalarbeitsverhältnisses“ *WSI Mitteilungen* **54**:4 219-230
- (2001b) „Germany: A ‚Service Gap‘?“ in: *Dølvik 2001a* 53-103
- Clasen, Jochen (1999) „Beyond Social Security: the Economic Value of Giving Money to Unemployed People“ *European Journal of Social Security* **1**:2 151-180
- (2000) „Motives, Means and Opportunities: Reforming Unemployment Compensation in the 1990s“ *West European Politics* **23**:2 89-113
- Cox, Robert H. (1998a) „The Consequences of Welfare Reform: How Conceptions of Social Rights are Changing“ *Journal of Social Policy* **27**:1 1-16
- (1998b) „From Safety Net to Trampoline: Labour Market Activation in the Netherlands and Denmark“ *Governance: An International Journal of Policy and Administration* **11**:4 397-414
- Crouch, Colin, David Finegold & Mari Sako (2001) *Are Skills the Answer? The Political Economy of Skill Creation in Advanced Industrial Countries* Oxford: Oxford University Press
- Daly, Mary (2000) „A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison“ in: *Scharpf/Schmidt 2000* Bd. 2, 467-510
- de Bruijn, Elly & Monique Volman (2000) „Changes in Occupational Structure and Occupational Practice. A Challenge to Education“ *The European Journal of Women's Studies* **7**:4 455-474
- De Grip, Andries & Willems Jeroen Hoevenberg (1997) „Atypical Employment in the European Union“ *International Labour Review* **136**:1 49- 71
- Dean, Hartley & Ambreen Shah (2002) „Insecure Families and Low-Paying Labour Markets: Comments on the British Experience“ *Journal of Social Policy* **31**:1 61-80
- Dingeldey, Irene (1998) „Arbeitsmarktpolitische Reformen unter New Labour“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 11/98 32-38
- (2001) „European Tax System and their Impact on Family Employment Patterns“ *Journal of Social Policy* **11**:4 653-672
- (2002) „Der blinde Fleck“ in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Kritik und Erweiterung der Forschungsperspektiven, Bremen: ZeS- Arbeitspapier (ZeS-AP 02/2002)
- Dølvik, Jon Erik, Hg. (2001a) *At Your Service? Comparative Perspectives on Employment and Labour Relations in the European Private Sector Services* Brüssel u.a.: Peter Lang
- (2001b) „The Impact of Post-Industrialisation on Employment and Labour Relations - A Comparative Review“ in: *Dølvik 2001a* 485-529

- Drew, Eileen & Ruth Emerek (1998) „Employment, Flexibility and Gender“ in: Eileen Drew, Ruth Emerek & Evelyn Mahon, Hg. *Women, Work and the Family in Europe* London/New York: Routledge 89-99
- Eichengreen, Barry & Torben Iversen (1999) „Institutions and Economic Performance: Evidence from the Labour Market“ *Oxford Review of Economic Policy* 15:4 121-138
- Esping-Andersen, Gösta (1990) *The Three Worlds of Welfare Capitalism* Cambridge: Polity Press
- Hg. (1999) *Social Foundations of Postindustrial Economies* Oxford: Oxford University Press
- (2002) *Why We Need a New Welfare State* Oxford: Oxford University Press (i. V.)
- Evers, Adalbert (2000) „Aktivierender Staat. Eine Agenda und ihre möglichen Bedeutungen“ in: *Mezger/West 2000* 13-29
- Finegold, David & David Soskice (1988) „The Failure of Training in Britain: Analysis and Prescription“ *Oxford Review of Economic Policy* 4: 1 21-53
- Fuhrmann, Nora (2000) „Dänemark: Arbeitsmarktpolitik im universalistischen Wohlfahrtsstaat“ *Femina Politica* 9:2 18-28
- Gangl, Markus (2001) „European Perspectives on Labour Market Entry. A Dichotomy of Occupationalized vs. Non-Occupationalized Systems?“ *European Societies* 4:3 471-494
- Gerlach, Irene (1996) *Familie und staatliches Handeln. Ideologie und politische Praxis in Deutschland* Opladen: Leske+Budrich
- Gilbert, Neil (2002) *Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility* Oxford: Oxford University Press (im Druck)
- & Barbara Gilbert (1989) *The Enabling State. Modern Welfare Capitalism in America* New York/Oxford: Oxford University Press
- Gottschall, Karin (2002) „Flexible Erwerbsbürgerschaft auch für Frauen? Herausforderungen der Arbeitsmarkt-, Familien- und Bildungspolitik in Deutschland“ *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik* 2:11 89-100
- & Irene Dingeldey (2000) „Arbeitsmarktpolitik im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat: Auf dem Weg zu reflexiver Deregulierung?“ in: Stephan Leibfried & Uwe Wagschal, Hg. *Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen - Reformen - Perspektiven* Frankfurt a.M.: Campus 306-339
- Green-Pedersen, Christoffer (2001) „Minority Governments and Party Politics: The Political and Institutional Background to the ‚Danish Miracle‘“ *Journal of Public Policy* 21:1 53-101
- Hall, Peter A. (1993) „Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policy Making in Britain“ *Comparative Politics* 25:2 275-296
- Häußermann, Hartmut & Walter Siebel (1995) *Dienstleistungsgesellschaften* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Heinz, Walter R., Hg. (1999) *From Education to Work: Cross-National Perspectives* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Heinze, Rolf G., Josef Schmid & Christoph Strinck (1997) „Zur politischen Ökonomie der sozialen Dienstleistungsproduktion. Der Wandel der Wohlfahrtsverbände und die Konjunkturen der Theoriebildung“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49:2 242-271
- Hemerijck, Anton & Kees van Kersbergen (1999) „Negotiated Policy Change: Towards a Theory of Institutional Learning in Tightly Coupled Welfare States“ in: Dietmar Braun & Andreas Busch, Hg. *Public Policy and Political Ideas* Cheltenham: Elgar 168-185
- & Brigitte Unger & Jelle Visser (2000) „How Small Countries Negotiate Change: Twenty-Five Years of Policy Adjustment in Austria, the Netherlands, and Belgium“ in: *Scharpf/Schmidt 2000* Bd. 2: 175-263
- Hinrichs, Karl (1996) „Das Normalarbeitsverhältnis und der männliche Familienernährer als Leitbilder der Sozialpolitik. Sicherungsprobleme im Wandel“ *Sozialer Fortschritt* 1996:4 102-107

- Hoffmann, Edeltraut & Uwe Walwei (1998) „Normalarbeitsverhältnis: ein Auslaufmodell? Überlegungen zu einem Erklärungsmodell für den Wandel der Beschäftigungsformen“ *Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung (MittAB)* 31:3 409-425
- Holst, Elke & Friederike Maier (1998) „Normalarbeitsverhältnis und Geschlechterordnung“ *Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung (MittAB)* 31:3 506-518
- Iversen, Torben & Anne Wren (1998) „Equality, Employment, and Budgetary Restraint. The Trilemma of the Service Economy“ *World Politics* 50:4 507-546
- Jensen, Per (2002) „Die dänischen Freistellungsmodelle und ihre Gleichstellungsdimensionen“ in: Karin Gottschall & Birgit Pfau-Effinger *Zukunft der Arbeit und Geschlecht - Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich* Opladen: Leske+Budrich (im Druck)
- Jobert, Annette, Catherine Marry, Lucie Tanguy & Helen Rainbird (1997) *Education and Work in Great Britain, Germany and Italy* London: Routledge
- Kaufmann, Franz-Xaver (1982) „Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention“ in: Franz-Xaver Kaufmann, Hg. *Staatliche Sozialpolitik und Familie* München u.a.: Oldenbourg 49-86
- (1994) „Diskurse über Staatsaufgaben“ in: Dieter Grimm unter Mitarbeit von Evelyn Hagenah, Hg. *Staatsaufgaben* Baden-Baden: Nomos 15-41
- (1998) „Der Sozialstaat als Prozeß – für eine Sozialpolitik zweiter Ordnung“ in: Franz Ruland, Hg. *Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaats* Heidelberg: C.F. Müller 307-322
- & Anton Kuijsten, Hans-Joachim Schulze & Klaus Peter Strohmeier (1997) *Family Life and Family Policies in Europe* Oxford: Clarendon Press
- Keller, Bernd (1999) „Möglichkeiten und Grenzen supranationaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik: Das Beschäftigungskapitel des Amsterdamer Unionsvertrages“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 49/99 11-18
- King, Desmond S. (1993) „The Conservative Training Policy 1979-1992: From a Tripartite to a Neoliberal Regime“ *Political Studies* 41:2 214-235
- Kolberg, Jon Eivind & Gösta Esping-Andersen (1991) „Welfare States and Employment Regimes“ in: Jon Eivind Kolberg, Hg. *Between Work and Social Citizenship* Armonk/New York: M.E. Sharpe 3-35
- Krüger, Helga (1995) „Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfungen im Lebenslauf“ in: Peter A. Berger & Peter Sopp, Hg. *Sozialstruktur und Lebenslauf* Opladen: Leske+Budrich 133-153
- (1996) „Die andere Bildungssegmentation: Berufssysteme und soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern“ in: Axel Bolder, Hg. *Jahrbuch '96 Bildung und Arbeit: Die Wiederentdeckung der Ungleichheit* Opladen: Leske+Budrich 252-274
- Kreyenfeld, Michaela & Gerd Wagner (2000) „Die Zusammenarbeit von Staat und Markt in der Sozialpolitik: Das Beispiel Betreuungsgutscheine und Qualitäts-Regulierung für die institutionelle Kinderbetreuung“ in: Winfried Schmähel, Hg. *Soziale Sicherung zwischen Markt und Staat* Berlin: Duncker & Humblot 309-337
- Kühn, Thomas (2001) „Die Planung der Familiengründung – verschiedene Entwicklungsverläufe in den ersten Berufsjahren“ *Zeitschrift für Familienforschung* 13:1 29-49
- Kulawik, Teresa & Birgit Sauer, Hg. (1996) *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft* Frankfurt a.M.: Campus
- Kvist, Jon (2001) „Der Wohlfahrtsstaat und der Arbeitsmarkt: Die Erfahrungen Skandinaviens in den 90ern“ *Zeitschrift für Sozialreform* 47:4 378-406

- Lefresne, Florence (1999) „Employability at the Heart of the European Employment Strategy“ *Transfer* 5:4 460-481
- Leibfried, Stephan & Paul Pierson, Hg. (1998) *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration* Frankfurt: Suhrkamp
- Leisering, Lutz (1999) „Der Sozialstaat in der ‚zweiten Moderne‘. Ambivalenzen und Zukunftsperspektiven“ in: Siegfried Lamnek & Jens Luedtke, Hg. *Der Sozialstaat zwischen ‚Markt‘ und ‚Hedonismus‘?* Opladen: Leske+Budrich 75-92
- Lewis, Jane (2000) „Family Policy and the Labour Market in European Welfare State“ in: Jane Jenson, Hg. *The Gendering of Inequalities: Women, Men and Work* Aldershot u.a.: Ashgate 264-277
- & Ilona Ostner (1994) *Gender and the Evolution of European Social Policies*, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen (ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/94) [= Ilona Ostner & Jane Lewis (1995) in: Stephan Leibfried & Paul Pierson, Hg. *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration* Washington, DC: Brookings 159-193]
- Lødemel, Ivar & Heather Trickey, Hg. (2000) *An Offer You Can't Refuse. Workfare in International Perspective* Bristol: The Policy Press
- Majone, Giandomenico (1996) *Regulating Europe* London/ New York: Routledge
- Manow, Philip (2001) „Business Coordination, Wage Bargaining and the Welfare State. Germany and Japan in Comparative Historical Perspective“ in: Bernhard Ebbinghaus & Philip Manow, Hg. *Comparing Welfare Capitalism. Social Policy and Policy Economy in Europe, Japan and the USA* London: Routledge 27-52
- Marsden, David & Peter Ryan (1995) „Work, Labour Markets and Vocational Preparation: Anglo-German Comparisons of Training in intermediate Skills“ in: Leslie Bash & Andy Green, Hg. *Youth, Education and Work. World Yearbook of Education* London: Kogan Page 67-79
- Mayntz, Renate & Fritz Scharpf, Hg. (1975) *Policy-Making in the German Federal Bureaucracy* Amsterdam: Elsevier Scientific Publishing Company
- (1995) „Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“ in: dies. *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung* Frankfurt/New York: Campus 39-72
- Mezger, Erika & Klaus West, Hg. *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln* Marburg: Schüren
- Montanari, Ingalill (2000) „From Family Wage to Marriage Subsidy and Child Benefits: Controversy and Consensus in the Development of Family Support“ *Journal of European Social Policy* 10:4 307-333
- Müller, Markus M. & Roland Sturm (1998) „Ein neuer regulativer Staat in Deutschland? Die neuere Theory of the Regulatory State und ihre Anwendbarkeit in der deutschen Staatswissenschaft“ *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 9:4 507-534
- Müller, Walter, Susanne Steinmann & Reinhart Schneider (1997) „Bildung in Europa“ in: Stefan Hradil & Stefan Immerfall, Hg. *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich* Opladen: Leske+Budrich 177-246
- Newman, Janet (2001) *Modernising Governance* London u.a.: Sage
- Nielsen, Klaus (1991) „Learning to Manage the Supply-Side: Flexibility and Stability in Denmark“ in: Bob Jessop, Hans Kastendiek, Klaus Nielsen & Ove K. Pedersen, Hg. *The Politics of Flexibility. Restructuring State and Industry in Britain, Germany and Scandinavia* Aldershot: Edward Elgar 282-313
- O'Connor, Julia, Ann Orloff & Sheila Shaver (1999) *States, Markets, Families* Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- OECD (1990) *Labour Market Policies for the 1990s* Paris: OECD
- (2000) *Employment Outlook* Paris: OECD

- (2001) *Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren* Paris: OECD
- Offe, Claus (1975) *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Olk, Thomas (2000) „Weder Rund-Um-Versorgung noch ‚pure‘ Eigenverantwortung. Aktivierende Strategien der Politik für Familien, alte Menschen, Frauen, Kinder und Jugendliche“ in: *Mezger/West 2000* 105-125
- O'Reilly, Jacqueline & Claudia Spee (1998) „The Future Regulation of Work and Welfare: Time for a Revised Social and Gender Contract?“ *European Journal of Industrial Relations* 4:3 259-281
- O'Reilly, Jacqueline, Inmaculada Cebrián & Michel Lallement, Hg. (2000) *Working-Time Changes. Integration through Transitional Labour Markets* Cheltenham: Edward Elgar
- Orloff, Ann (1993) „Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States“ *American Political Science Review* 58:6 303-328
- Pfau-Effinger, Birgit (1999) „Change of Family Policies in the Socio-Cultural Context of European Societies“ in: Arlaug Leira, Hg. *Family Change: Practices, Policies, and Values* Stanford, CN: JAI Press Inc. 135-157
- Pierson, Paul (1993) „When Effect becomes Cause: Policy Feedback and Political Change“ *World Politics* 45:4 595-628
- & Stephan Leibfried „Zur Dynamik sozialpolitischer Integration: Der Wohlfahrtsstaat in der europäischen Mehrebenen-Politik“ in: dies. *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik* Frankfurt a. M.: Suhrkamp 11-57
- Rabe, Birgitta & Günther Schmid (1999) „Eine Frage der Balance: Reform der Arbeitsmarktpolitik“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 37/99 21 -30
- Rake, Katherine (2001) „Gender and New Labour's Social Policies“ *Journal of Social Policy* 30:2 209-231
- Rhodes, Rod A.W. (2000) „Governance and Public Administration“ in: Jon Pierre, Hg. *Debating Governance* Oxford: Oxford University Press 54-91
- Ritter, Ernst-Hasso (1979) „Der kooperative Staat“ *Archiv des öffentlichen Rechts* 104 389-413
- Rubery, Jill, Mark Smith, Colette Fagan & Damian Grimshaw, Hg. (1998) *Women and European Employment* London u.a.: Routledge
- Sackmann, Reinhold, Ansgar Weymann & Mathias Wiggins (2000) *Die Generation der Wende. Berufs- und Lebensverläufe im sozialen Wandel* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Sainsbury, Diane (1994) „Women's and Men's Social Rights: Gendering Dimensions of Welfare States“ in: dies., Hg. *Gendering Welfare States* London u.a.: Sage 150-169
- (1996) *Gender, Equality and the Welfare States* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Scharpf, Fritz W. (1985) „Die Politikverflechtungs-Fälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich“ *Politische Vierteljahresschrift* 26:4 323-356
- (1987) *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das "Modell Deutschland" im Vergleich* Frankfurt a.M. u.a.: Campus
- (1988) „Inflation und Arbeitslosigkeit in Westeuropa: Eine spieltheoretische Interpretation“ *Politische Vierteljahresschrift* 29:1 6-41
- (1993) „Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen“ in: Adrienne Héritier, Hg. *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* Opladen: Westdeutscher Verlag 57-83
- (2000a) „Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities“ in: *Scharpf/Schmidt 2000* Bd. 1, 21-125
- (2000b) *Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung* Opladen: UTB

- & Vivien A. Schmidt, Hg. *Welfare and Work in the Open Economy* Bd. 1: *From Vulnerability to Competitiveness* Bd. 2: *Diverse Responses to Common Challenges* Oxford: Oxford University Press
- Scheiwe, Kirsten (1994) „Labour Market, Welfare State and Family Institutions: The Links to Mother's Poverty Risks“ *Journal of European Social Policy* 4:3 201-224
- Schettkat, Roland (1996) „Das Beschäftigungsproblem der Industriegesellschaften“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26/96 25-35
- Schmid, Günther (1994) „Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukunftsgerichten Arbeitsmarktpolitik“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 12-13/94 9-23
- (1996) „Reform der Arbeitsmarktpolitik. Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat“ *WSI-Mitteilungen* 49:10 629-641
- (2001) „Internationale Erfahrungen mit Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik“ in: Viktor Steiner & Heimfrid Wolff, Hg. *Mismatch am Arbeitsmarkt - Was leistet die Arbeitsmarktpolitik? Ein Werkstattbericht zur Evaluation der Arbeitsmarktpolitik* Münster u.a.: Waxmann 91-142
- & Bernard Gazier, Hg. (2002) *The Dynamics of Full Employment. Social Integration Through Transitional Labour Markets* Cheltenham: Edward Elgar
- & Bernd Reissert & Gert Bruche (1987) *Arbeitslosenversicherung und aktive Arbeitsmarktpolitik. Finanzierungssysteme im internationalen Vergleich* Berlin: Edition Sigma
- Schmidt, Manfred G. (1983) „Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigungspolitik. Ein internationaler Vergleich“ *Leviathan* 11:4 451-474
- Schulze, Hans-Joachim (1997) „Modernisierung der Frauenrolle – Herausforderungen an die europäische Familienpolitik“ in: Sylvia Gräbe, Hg. *Privathaushalte im Umbau des Sozialstaats* Frankfurt a.M. u.a.: Campus 33-53
- Sell, Stefan (1998) „Entwicklung und Reform des Arbeitsförderungsgesetzes als Anpassung des Sozialrechts an flexible Erwerbsformen?“ *Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung* 31:3 432-548
- Shavit, Yossi & Walter Müller (1998) *From School to Work. A Comparative Study of Educational Qualifications and Occupational Destinations* Oxford: Clarendon Press at Oxford University Press
- Skocpol, Theda & Edwin Amenta (1986) „States and Social Policies“ *Annual Review of Sociology* 12:2 131-157
- Soskice, David (1999) „Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s“ in: Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks & John D. Stephens, Hg. *Continuity and Change in Contemporary Capitalism* Cambridge, UK: Cambridge University Press 101-135
- Streeck, Wolfgang (1987) *Steuerung und Regulierung der beruflichen Bildung. Die Rolle der Sozialpartner in der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland* Berlin: Edition Sigma
- (1988) Status und Vertrag als Grundkategorien einer soziologischen Theorie der industriellen Beziehungen, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin (Discussion Papers FS I 88-3)
- (1998) „Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie?“ in: Wolfgang Streeck *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie* Frankfurt a.M. u.a.: Campus 11-59
- Teubner, Gunter & Helmut Willke (1984) „Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht“ *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 6:1 4-35
- Thelen, Kathleen (1999) „Historical Institutionalism in Comparative Politics“ *Annual Review of Political Science* 2:1 369-404

Gottschall/Dingeldey

- & Sven Steinmo (1992) „Historical Institutionalism in Comparative Politics“ in: Kathleen Thelen, Sven Steinmo & Frank Longstreth, Hg. *Structuring Politics. Historical Institutionalism in Comparative Analysis* Cambridge, UK: Cambridge University Press 1-32
- Torring, Jacob (1999) „Workfare with Welfare: Recent Reforms of the Danish Welfare State“ *Journal of European Social Policy* 9:1 5-28
- Visser, Jelle (2000) „From Keynesianism to the Third Way: Labour Relations and Social Policy in Postwar Western Europe“ *Economic and Industrial Democracy* 21:4 421-456
- Vobruba, Georg (2001) *Integration + Erweiterung. Europa im Globalisierungsdilemma* Wien: Passagen Verlag
- Voges, Wolfgang, Herbert Jacobs & Heather Trickey (2000) „Uneven Development - Local Authorities and Workfare in Germany“ in: *Lødemel/Trickey 2000* 71-104
- Wally, Stefan & Barbara Blümel (2000) „Der Charakter der Texte ‚Nationaler Aktionsplan‘ am Beispiel des Vergleichs Vereinigtes Königreich und Deutschland“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29:3 301-314
- Wendt, Claus (1998) „Familienpolitik in Dänemark“ *Zeitschrift für Familienforschung* 10:2 103-115
- Werner, Heinz (1998) „Beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder - Was steckt dahinter?“ *Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung (MittAB)* 31:2 324-333
- Wingen, Max (1999) „Zukunftsperspektiven der Familienpolitik“ *Zeitschrift für Familienforschung* 11:2 88-107
- (2001) *Familienpolitische Denkanstöße – sieben Abhandlungen* Graftschaft: Vektor Verlag
- Wood, Stewart (2001) „Labour Market Regimes under Threat? Sources of Continuity in Germany, Britain, and Sweden“ in: Paul Pierson, Hg. *The New Politics of the Welfare State* Oxford: Oxford University Press 368-410
- Yeandle, Sue (1999) „Gender Contracts, Welfare Systems and Non-Standard Working: Diversity and Change in Denmark, France, Germany, Italy and the UK“ in: Alan Felstead & Nick Jewson, Hg. *Global Trends in Flexible Labour* London: Macmillan Press 141-165
- www-dfee.gov.uk/secondchances/chapter262ba.html, 10.11.00.
- www.bmfsj.de/dokumente/Termin/ix_27779.htm, 5.07.01.